PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH !

Rote Fahne

TRIBÜNE DER MARXISTEN-LENINISTEN

Nr.37 1.Juni 1965 Einzelpreis S 3,-

In Österreich gibt es keine revolutionäre Partei mehr!

Wovor wir seit Monaten unermüdlich gewarnt, was wir angesichts der Vorbereitung und Zusammensetzung des Parteitags befürchten, ja erwarten mußten, ist e i n g e t r e t e n :

Der 19. Parteitag der KPÖ hat die revisionistischen, dem Marxismus-Leninismus zutiefst widersprechenden Thesen im wesentlichen angenommen, die Politik der Ausschlüsse und Absetzungen aktiver Antirevisionisten mit großer Mehrheit bestätigt und ein neues Zentralkomitee nominiert, das bereit ist, sich zur verstärkten Weiterführung der Rechtsentwicklung der Partei zu verpflichten. Beiseitegeschoben und vergessen ist alles das, was sogar noch der 18. Parteitag der KPÖ an Positivem erbracht hat, ohne jede kritische Analyse, ja ohne weitere Diskussion zum Müll geworfen wurden die Beschlüsse des 18. Parteitags über die revisionistische Gefahr, über die Rolle des US-Imperialismus, über das Verhältnis der KPÖ zu den rechten SP-Führern und zur Koalition, und jubelnd zitiert das Zentralorgan der Partei jetzt die Kommentare aller möglichen reaktionären und antikommunistischen Blätter, die der KPÖ einen gründlichen Kurswechsel, eine beachtenswerte Rechtsschwenkung und einen demonstrativen Verzicht auf die alten

Aus dem Inhalt:

marxistischen "Dogmen" bescheinigen. - Es war ein trauriges Schauspiel: Die in den Thesen zum Ausdruck kommende Absage an die elementarsten Grundsätze der revolutionären Ideologie - wir haben uns damit in Nr.36 vom 15.5.1965 ausführlich beschäftigt - hatte zunächst in den Grundorganisationen der Partei, wo sie sich noch kämpferische Traditionen erhalten hatte und die Entpolitisierung zum Fernsehklub noch nicht dominierte, heftige Ablehnung und massive Kritik ausgelöst. Auf den Bezirkskonferenzen war die Ablehnung ebenfalls noch spürbar, aber schon deutlich abgeschwächt, und je höher hinauf, umso mehr verlief und verfing sie sich im Räderwerk des Apparats, um sich schließlich nur mehr als vereinzeltes schwaches Leuchten auf einem Parteitag zu zeigen, der gesiebt und undemokratisch wie noch nie, mehr denn je zuvor ein Parteitag des Apparats, der allgegenwärtigen Regie und eines Maßes an opportunistischer und praktizistischer Verflachung war, die kaum noch vieler Manipulationen bedurfte, um den Triumph des plattesten Revisionismus zu gewährleisten.

Der 19. Parteitag, von den Revisionisten als ein österreichischer "20. Parteitag" ersehnt und vorbereitet, von den maßlosesten unter ihnen aber trotz seiner Beschlüsse als Zwischenstation auf einem Weg bezeichnet, auf dem noch viele Köpfe rollen, noch viele "alte Dogmen" fallen müßten, war ein Parteitag der Liquidation des revolutionären Inhalts der KPÖ; die Art der Erstellung der neuen ZK-Mitglieder, der Behandlung gewisser Anträge und Antragsteller, der Handhabung der Rednerliste und des beharrlichen "Übersehens" von Gegenstimmen kennzeichnete seinen undemokratischen Charakter, das lustige Wegklatschen der Diskussionsredner nach gestoppten 5 Minuten vom Rednerpult war das Maß seines politischen Verantwortungsbewußtseins und ideologischen Ernstes.

Das ändert nichts daran, daß sich in der KPÖ nach wie vor viele tausende ernster und ehrlicher Kommunisten befinden, denen der Marxismus-Leninismus, der proletarische Internationalismus und die Interessen der revolutionären Arbeiterbewegung wenn schon nicht Sache theoretischer Klarheit, so doch Sache des Herzens sind. Man kann diese tausenden der Arbeiterklasse treu ergebenen Genossen nicht nach dem Parteitag beurteilen, der unter Mißbrauch ihres Namens den Strich unter die revolutionäre Vergangenheit gezogen und nur ihre Laster und Unzulänglichkeiten übernommen hat, um sie ins Extrem zu steigern. Aber die Partei muß man nach diesem Parteitag beurteilen!

Was die Partei selbst betrifft, ihre Führung und ihr Programm, ihre Rolle und ihren Charakter, kann man sich als bewußter Marxist-Leninist jetzt, nach diesen Beschlüssen, nicht mehr mit ihr identifizieren!

Als Marxisten-Leninisten können wir uns nicht auf den Standpunkt stellen, programmatische Erklärungen als Äußerlichkeiten zu betrachten, die man heute beschließt und morgen wieder aufhebt, bald so und bald anders interpretiert. Wir können uns auch nicht das Motto zu eigen machen, daß es besser sei, mit der Partei zu irren als ohne sie recht zu behalten, denn dann wäre schon die Gründung der KPÖ ein Fehler

gewesen und die revolutionären Arbeiter müßten auch heute noch bei der SP verbleiben. Weil wir zwischen Wort und Tat keine Kluft dulden wollen, müssen wir auch die Worte genau nehmen, schon gar, wenn sie in programmatischen Erklärungen stehen, müssen diese Erklärungen nach dem bewerten, was dort wirklich gesagt oder nicht gesagt wird und nicht nach dem, was dieser oder jener hinein- oder herausliest. Weil wir grundsätzlich der Meinung sind, daß man der Arbeiterklasse und erst recht den eigenen Genossen unbedingt die Wahrheit sagen muß, interessieren uns nicht die taktischen Überlegungen, die Rücksichten auf naive Hoffnungen und bürgerliche Vorurteile, nicht die schiefen Blicke auf die Opportunität, welche den Verfassern der Parteitagsdokumente die Feder geführt haben mögen:

Was es wiegt, das hat es. Und die ideologisch-politischen Grundlagen, auf die der 19. Parteitag die KPÖ gestellt hat, sind den wichtigsten Erkenntnissen des Marxismus-Leninismus entgegengesetzt! Das läßt sich nicht wegerklären.

Schon in der "Roten Fahne" vom 15. März 1965 haben wir über die dem Parteitag vorgelegten Thesen geschrieben:

„Mögen sich die österreichischen Kommunisten darüber klar sein: Was die Revisionisten jetzt zur Diskussion gestellt haben und was sie auf dem kommenden Parteitag beschließen wollen, das ist der vollständige Verzicht auf den Marxismus-Leninismus, ist die hemmungslose Verwandlung der KPÖ in eine zweite SP, die sich von der schon bestehenden nur durch ihre Kleinheit und ein paar Äußerlichkeiten unterscheidet. Zur Diskussion gestellt ist der restlose Ausverkauf aller kommunistischen Standpunkte und Auffassungen, ist das für einen Kommunisten völlig Undiskutable, ein politisches Harakiri, der schmähliche Selbstmord!"

Wir haben am 15. Mai nach gründlicher Durchleuchtung der "Thesen" wiederholt:

"Nur wenn der schon alle revolutionäre Vernunft überwuchernde Revisionismus geschlagen, die restlose Verfehltheit und Unhaltbarkeit seiner 'Thesen' und Konzepte aufgedeckt und sie entschieden verworfen werden, kann die KPÖ die Aufgaben einer revolutionären proletarischen Partei erfüllen. Gelingt dagegen die revisionistische Gehirnwäsche, die Umkrempelung der Massen der Mitglieder und Funktionäre der Partei im Sinne der vorliegenden 'Thesen', so hört die KPÖ als kommunistische Partei faktisch zu bestehen auf!"

Das ist nun eingetreten - auch wenn wir es noch so bedauern. Man muß die Kraft haben, den Tatsachen ins Gesicht zu sehen, und den Mut, sie offen auszusprechen:

Mit der Annahme der Thesen hat der 19. Parteitag der KPÖ die faktische Liquidierung der Partei als revolutionären Vortrupp der Arbeiterklasse zum Beschluß erhoben. Was an der KPÖ noch kommunistisch ist, ist nunmehr weder ihre Führung noch ihr Programm, weder ihre politische Theorie noch ihre politische Praxis - kommunistisch ist vor allem noch ihr Name.

Die Größe und Tragweite des Problems, das sich damit ergibt, läßt sich im Moment kaum noch erfassen: ES GIBT IN ÖSTERREICH KEINE REVOLUTIONÄRE, KEINE KONSEQUENT MARXISTISCHE, KEINE KOMMUNISTISCHE PARTEI MEHR, DIE EINEN SOLCHEN NAMEN VERDIENT !

RF.

Armin FREUDMANN
Wien 10.,
Birkenhof 16/2

Abschrift!

Wien, am 25. Mai 1965

An den

19. Parteitag der KPÖ

Genossinnen und Genossen!

Auf Betreiben übergeordneter Parteileitungen beschloß eine verschwindend kleine Minderheit meiner BO, mich aus der Partei auszuschließen. Die Wiener Schiedskommission hat meine Berufung gegen diesen Beschluß abgelehnt. Auf meine Berufung an die Zentrale Schiedskommission habe ich noch keinen Bescheid erhalten. Obwohl ich nach § 30 des Parteistatuts erst nach Ablehnung meiner Berufung durch die Zentrale Schiedskommission an Euch als das höchste Forum der Partei berufen könnte, tue ich das, noch ehe die Zentrale Schiedskommission entschieden hat. Diese nicht statutengemäße Vorgangsweise wurde in einer am 15. Mai d. J. mit zwei Mitgliedern dieser Kommission durchgeführten - sonst ergebnislosen - Aussprache vereinbart.

Als Begründung für den Versuch, mich aus der Partei, für die ich seit mehr als dreißig Jahren meine ganze Kraft eingesetzt habe, auszuschließen, wird meine Zugehörigkeit zum Redaktionskomitee der "ROTEN FAHNE" angegeben, die irreführenderweise als parteifeindlich und fraktionistisch bezeichnet wurde. Dazu habe ich nur festzustellen:

1.) Die "Rote Fahne" ist weder parteifeindlich noch fraktionistisch.

2.) Die "Rote Fahne" mußte infolge des parteifeindlichen Umschwenkens der Parteiführung vom Marxismus-Leninismus zum modernen Revisionismus und infolge der fraktionistischen Methoden, deren sie sich dabei bediente, zur Verteidigung jener Grundsätze und Politik, um derentwillen die Kommunistische Partei gegründet werden mußte, im Interesse der Partei geschaffen werden. Sie ist somit jetzt die einzige marxistisch-leninistische Zeitschrift in Österreich.

Diese Feststellungen habe ich in meinem Berufungsschreiben an die Wiener und an die Zentrale Schiedskommission ausführlich begründet. Als weitere Begründung führe ich den Artikel des Genossen Franz Strobl "Marxismus oder Revisionismus?" in der "Roten Fahne" vom 15. Mai an, mit dessen Argumentation ich mich vollinhaltlich einverstanden erkläre.

ICH BIN MIR VOLLKOMMEN DARÜBER IM KLAREN, DASS IHR MEINER BERUFUNG NICHT STATTGEBEN KÖNNT, WENN IHR DIE THESEN IN DER VORGESCHLAGENEN FORM, DAS HEISST OHNE ENTSCHEIDENDE, PRINZIPIELLE VERÄNDERUNGEN ANNEHMT.

Nur für den Fall, daß Ihr diese Thesen als mit den Grundsätzen einer revolutionären Partei unvereinbar ablehnt, wende ich mich daher an Euch mit dem Appell, auch meinen Ausschluß aus der Partei abzulehnen.

Mit revolutionärem Gruß

ARMIN FREUDMANN e.h.

Pressestimmen zum Parteitag der KPÖ

Wien, 29. Mai

Der XIX. Parteitag der KPÖ nimmt in einem Großteil der Presse einen bedeutenden Platz ein, und einige Zeitungen widmen ihm Kommentare.

Gleich an mehreren aufeinanderfolgenden Tagen brachte das Zentralorgan der KPÖ, die "Volksstimme", unter obiger Schlagzeile stolze Berichte darüber, welche große Beachtung die auf dem 19. Parteitag der KPÖ durchgeführte politische Wendung in der bürgerlichen und antikommunistischen Presse gefunden habe. Um diese bürgerliche Presse unmittelbaren und vollen Einblick in den Prozeß des Salonfähigwerdens der KPÖ nehmen zu lassen, waren zum Parteitag erstmals die Vertreter aller großen bürgerlichen Blätter, auch extrem rechts stehender, eingeladen, von Hexmann namens des Parteitags besonders begrüßt und gastfreundlich betreut worden. Sie revanchierten sich dafür mit anerkennenden Worten und Artikeln über "bemerkenswert neue Töne", über den "dynamischen Muhri", über die "Absage an Peking", die "Verwerfung der Diktatur des Proletariats" usw. usf. Diese Zeugnisse bürgerlichen Wohlverhaltens und pazifistischer Läuterung der KPÖ fanden bei den Veranstaltern des Parteitags so dankbare Aufnahme, daß sie diese Kommentare noch während des Parteitags vervielfältigten und jedem Delegierten als besonderes Material auf den Weg mitgaben.

Auch wir sind übrigens der Meinung, daß die bürgerlichen Pressekommentare zum 19. Parteitag der KPÖ recht aufschlußreich und verbreitenswert sind - wenn auch aus anderen Gründen als die Revisionisten meinen. Deswegen wollen wir die den Parteitagsdelegierten mitgegebene "Presse-Übersicht" bürgerlicher Stimmen zum 19. Parteitag der KPÖ noch durch einige interessante Zeitungsausschnitte ergänzen, zu denen uns jedes Kommentar überflüssig scheint:

Am 29. Mai schrieb der dem Parteitag als Gast beiwohnende Redakteur der "Presse", Georg Nowotny, in seiner Zeitung über die Ersetzung Koplenigs durch Muhri:

> Ein müder Mann, der die Zeichen der Zeit nicht mehr deuten kann, geht vom Rednerpult ab.
>
> Nun tritt ein junger, dynamischer Steirer, nur halb so alt wie Koplenig, an seine Stelle. Franz Muhri, Mitglied des politischen Büros der KPÖ, sieht eher wie der erfolgreiche Geschäftsführer eines Mittelbetriebes, aber nicht wie der künftige Parteichef der österreichischen Kommunisten aus. Sein Privatleben ist durchaus bürgerlich. Er fährt einen sowjetzonalen Wagen, wohnt in einer modernen Gemeindewohnung, fährt auf Urlaub in das „revisionistische" Jugoslawien. Kein größerer Unterschied ist denkbar als zwischen Koplenig und dem wendigen Praktizisten Franz Muhri.
>
> Die für die kommunistische Zwergpartei im wesentlichen neuen und teilweise überraschenden Thesen Muhris werden mit Beifall aufgenommen. Die wochenlange Diskussion in der „Volksstimme", dem Organ der KP, zeigte freilich, daß gegen den neuen Kurs noch schwere Bedenken bestehen. Vor allem der teilweise noch stalinistisch orientierte Führungskader wehrt sich gegen Reformen. Aber auch viele einfache Genossen glauben, daß der neue, beweglichere Kurs die KPÖ allzuweit von den marxistischen Thesen von der Weltrevolution entferne. Auch am Parteitag selbst, dessen Diskussionen über das Grundsatzreferat Muhris von Donnerstag bis Sonntag dauern, zeigt sich einige Opposition.
>
> Wie immer in straff organisierten Parteien ist die Entscheidung aber schon gefallen. Nach langen Jahren der Stagnation versucht nun aber die KPÖ, nach italienischem Muster, sozusagen durch eine Öffnung nach rechts aus der Sackgasse herauszukommen. Die Spaltergruppe der „chinesischen Sozialisten", die von Muhri scharf abgelehnt wird, könnte freilich Zuzug von jenen Genossen erhalten, denen der neue Kurs zu „reformistisch" ist.

Das ÖVP-Organ "Volksblatt" vom 1. Juni registrierte die Annäherung der politischen Positionen der KPÖ an jene der SPÖ-Führung mit folgenden Bemerkungen:

KPOe nimmt Pittermanns Ideen auf

Wechsel im Zentralkomitee

> Die vom KPÖ-Parteitag verabschiedete Resolution folgt in einigen Passagen fast wörtlich den Formulierungen, die der sozialistische Parteiobmann in seinen letzten Reden gebraucht hatte.

Am 1. Juni nahm auch Wolfgang O b e r l e i t n e r , der KP-Spezialist der "Presse", zum 19. Parteitag Stellung. In seinem Artikel, in dem er sich unverkennbar an die Seite der KPÖ-"Reformer" und Revisionisten stellt, muß er allerdings einige für ihn weniger angenehme Folgen der Rechtsschwenkung der KPÖ registrieren:

> mag das große Mißtrauen verständlich sein, das viele ältere Parteimitglieder der „Neuorientierung" ihrer Führung entgegenbringen. Schon in der Diskussion im Parteiorgan „Volksstimme" hat ein Einsender daran erinnert, daß nach Marx-Engels der Weg zum Sozialismus nur nach Zerschlagung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und über die Diktatur des Proletariats vor sich gehen könne. Ein Abgehen von dieser Grundlehre bedeute daher ein Abgehen vom Marxismus.
>
> Hinter vielen Diskussionsbeiträgen, die auf dem XIX. Parteitag geleistet wurden, stand die bange Frage, was man tun solle, um einerseits zusammen mit den Sozialisten mehr Macht zu erhalten, andererseits sich aber auch die weitere Lebensberechtigung zu sichern. Denn welche Notwendigkeit würde sich in Zukunft für die kommunistischen Anhänger ergeben, die KPÖ zu wählen, wenn deren wichtigste Postulate durch die SPÖ verwirklicht werden?
>
> Den Beobachtern der unabhängigen Zeitungen, die zum erstenmal Gelegenheit hatten, einem KPÖ-Kongreß beizuwohnen, fiel auf, wie weit die Ernüchterung vieler Kommunisten fortgeschritten ist.
>
> Walter Truger kritisierte die Moskauer Regierung ganz offen wegen ihrer Haltung auf der Berliner Konferenz von 1954, wobei sie ein Österreichkonzept vertreten habe, das sie einige Zeit später revidierte. So habe sich auch die KPÖ ein ganzes Jahr von jener Neutralitätslosung distanziert, für die man jetzt mit Vehemenz eintritt. Es ist daher kein Wunder, wenn die mannigfachen Enttäuschungen einen so gescheiten kommunistischen Schriftsteller, wie es Ernst Fischer ist, auf dem Parteitag zu der direkt revolutionären Feststellung geführt haben: „Die Sowjetunion, die Länder der Volksdemokratie... sind kein Modell, das den Bedingungen unseres Landes, den Wünschen unseres Volkes entspricht."
>
> Die Rekurse von vier Peking-Kommunisten, die gegen ihren Ausschluß an den Parteitag appelliert hatten, wurden zwar verworfen, doch es fanden sich sogar unter den sorgsam ausgewählten Kongreßdelegierten Befürworter der harten Linie, die nach wie vor für einen revolutionären Weg plädieren.
>
> Die führenden Köpfe der „Revisionisten", nämlich der neue Chef des Parteiorgans, Franz West, und das Politbüromitglied Marek werden zweifellos versuchen, die KPÖ näher an die SPÖ heranzuführen — sogar unter gelegentlichem Verzicht auf eine eigene Kandidatur bei den Wahlen. Dies wird die Spannungen in dem keineswegs homogenen Funktionärskader verschärfen und kann über kurz oder lang zur Bildung einer zweiten kommunistischen Partei führen, deren Kern die Leser der beiden in Wien erscheinenden Organe der Pekinger Richtung, „Rote Fahne" und „Funke", sein werden.

Aus irgendwelchen Gründen freut sich die " V o l k s s t i m m e " vom 1. Juni auch, mitteilen zu können, was die Grazer " K l e i n e Z e i t u n g " über den Parteitag der KPÖ schreibt:

> Die katholische „K l e i n e Z e i t u n g" (Graz) hebt hervor, daß Muhris Ausführungen vom überwiegenden Teil der Delegierten begrüßt wurden.

EINZELAUSGABEN DER WERKE MAO TSE TUNGS IN TASCHENBUCHFORM

(Bestellungen nimmt die "Rote Fahne" zur Weiterleitung entgegen)

Titel	Umfang
Ein Funke kann die ganze Steppe in Brand setzen	34 Seiten
Über den Widerspruch	92 Seiten
Taktische Fragen der gegenwärtigen Einheitsfront gegen die japanische Aggression	30 Seiten
Laßt uns unser Studium reorganisieren!	24 Seiten
Gegen den Schematismus in der Parteiarbeit	42 Seiten
Über die Verhandlungen in Tschungking	46 Seiten
Wichtige Gespräche des Vorsitzenden Mao Tse-tung mit Persönlichkeiten aus Asien, Afrika und Lateinamerika	18 Seiten

DAS ERGEBNIS DER BUNDESPRÄSIDENTENWAHL

Die "Schlacht" ist geschlagen, der SP-Kandidat Jonas ist Bundespräsident geworden - obwohl die SPÖ im Vergleich zu den letzten Bundespräsidentenwahlen (1963) rund 150.000 Stimmen verloren hat. Die Bourgeoisie hatte diesmal darauf verzichtet, für die betont großdeutsch-neofaschistischen Schichten einen eigenen Kandidaten aufzustellen und sie hatte mit dieser Taktik beträchtlichen Erfolg, denn die Zahl der Wähler, die dem unmittelbaren Vertreter der kapitalistischen Reaktion ihre Stimme gaben, hat sich seit 1963 um 446.000 vermehrt!

War also der Wahlausgang ein " A u s d r u c k d e r R e i f e d e r a n t i f a s c h i s t i s c h e n K r ä f t e u n s e r e s L a n d e s ", wie es in der von der "Volksstimme" am 25. Mai 1965 veröffentlichten Erklärung des Zentralkomitees der KPÖ mit Worten höchster Begeisterung dargestellt wird?

K e i n e s w e g s ! Denn erstens hat - wie schon gesagt - Gorbach als der sich offen an die Seite profaschistischer Kräfte stellende erklärte Kandidat des Kapitals m e h r Stimmen bekommen als irgendeiner seiner Vorgänger in der Zweiten Republik, worauf die ÖVP nicht mit Unrecht als i h r e n Erfolg hinweisen kann. Zweitens hat es auch Jonas, bzw. der mit ihm operierende Apparat, durchaus nicht vermieden, sehr kräftig auch um die Stimmen von Kreisen zu buhlen, denen es gefiel, ihn im Kreise von Kameradschaftsvereinen abgebildet zu finden oder in ihm den ehemaligen Heimatschützer zu sehen, der nach 1918 Kärnten "unter Einsatz seines Lebens" gegen die Jugoslawen verteidigt habe. In einigen Bundesländern hatte diese Art der Präsentation von Jonas solchen stimmenmäßigen Erfolg, daß sie zu heftigen Gardinenpredigten der ÖVP an die Adresse der sogenannten "Freiheitlichen" führte. (Die "Rieder Volkszeitung" vom 27. Mai stellt sogar die Frage, ob es angesichts solcher Unverläßlichkeit überhaupt weiter zurechtfertigen sei, wenn die ÖVP "in der Werbung um diese Kreise" bis an die "Grenze des Möglichen" gehe!) Drittens schließlich hat die SP-Führung die Wahlkampagne, wenn sie auch einige antifaschistische Töne mitverwendete, i m w e s e n t l i c h e n auf der Ebene einer politisch n i c h t s s a g e n d e n , nach amerikanischem Muster hauptsächlich auf die "Persönlichkeit" ihres Kandidaten abgestellten Reklameaktion betrieben. Somit wird klar, daß es eine primitive Entstellung und Verzerrung der Tatsachen ist, im Wahlergebnis einen "Ausdruck der Reife der antifaschistischen Kräfte" zu sehen und die für Jonas abgegebenen Stimmen in den Rang von Bekenntnissen antifaschistischer Kampfbereitschaft zu erheben.

Wie wenig sie als solche verstanden bzw. mißverstanden werden dürfen, haben auch zwei charakteristische Ereignisse eben zum Zeitpunkt der Wahlen unterstrichen: Wenige Tage vor den Wahlen hat der Parteigenosse von Jonas, der SP-Justizminister B r o d a , den im Grazer Prozeß angeklagten großdeutsch-neofaschistischen B o m b e n w e r f e r n den Liebesdienst erwiesen, die von ihnen angestrebte Überweisung des Gerichtsverfahrens an ein Geschworenengericht zu unterstützen. Und prompt am Tag nach der Wahl wurde die Nachricht veröffentlicht, d a ß d a s g e g e n d e n U r h e b e r d e r j ü n g s t e n N e o n a z i - P r o v o k a t i o n e n , P r o f e s s o r B o r o d a j k e w i c z , e i n g e l e i t e t e V e r f a h r e n d u r c h d i e d e m S P - J u s t i z m i n i s t e r u n t e r s t e h e n d e n B e h ö r d e n e i n g e s t e l l t w o r d e n i s t ! Wie wollen die Revisionisten an der Spitze der KPÖ diese Maßnahmen des SP-Justizministers, die nur im Einvernehmen mit dem ganzen SP-Vorstand erfolgen konnten, mit dem von ihnen behaupteten Antifaschismus der SP-Führung in Einklang bringen?

Die so bedenkenlose Aufwertung des Kandidaten der rechtssozialistischen Koalitionshälfte durch die Revisionisten erinnert peinlich an ihre Haltung bei den letzten Präsidentenwahlen im Hauptland des Imperialismus, in den U S A . Auch zwischen den beiden Vertrauensleuten des Kapitals, die sich dort gegenüberstanden, gab es natürlich Unterschiede: Der eine, G o l d w a t e r , bekannte sich zu einem unverhüllt reaktionären, aggressiven, militaristischen und profaschistischen Programm; der andere, J o h n s o n , zu einem in Worten mehr gemäßigten, liberalen, eher eine Friedenspolitik vortäuschenden Kurs. Überall, in der Sowjetunion ebenso wie in Österreich, klatschten die modernen Revisionisten Johnson Beifall und taten alles in ihrer Macht Stehende (Chruschtschow durch entsprechende Veröffentlichungen vor den Wahlen), um Johnson als den Kandidaten des Friedens und des Fortschritts zu empfehlen und zu unterstützen. Seine Wahl

wurde dann als ein epochemachender Sieg im Kampf gegen Reaktion und Kriegspolitik gefeiert. Wie rasch aber hat sich die völlige Haltlosigkeit einer so prinzipienlosen Beurteilung des "friedliebenden" Johnson vor den Augen der ganzen Welt erwiesen! Derselbe Johnson, dessen Wahl man vor fünf Monaten noch als Sieg des "kommunistischen Prinzips der friedlichen Koexistenz" feierte (Siehe Neujahrsaufruf 1965 von Haider und Wipplinger), wird vom neuen Parteivorsitzenden Muhri plötzlich in der Form vorgestellt: "Die Ermordung Kennedys, der Sieg Johnsons, hat eine Periode der Verschärfung der internationalen Spannung eingeleitet." (Parteitagsreferat). Man hat sich in der "Persönlichkeit" Johnsons eben ein bißchen geirrt, was tut's. Nicht einmal einen Anflug von Selbstkritik hielt man für notwendig.

Sie war ja auch garnicht vertretbar in einer Situation, in der man alle Hände voll zu tun hatte, um den österreichischen Präsidentschaftskandidaten zu etwas aufzuwerten, was er garnicht war. Wie leicht hätte die falsche "Alternative" Jonas oder Gorbach an die falsche "Alternative" Johnson oder Goldwater erinnern können!

Auch wenn man die Konsequenzen überdenkt, welche die SP-Führung aus dem so knapp gewordenen Stimmenvorsprung ihres Kandidaten ziehen könnte, besteht wenig Grund zu freudigen Erwartungen. Wird sie, ihren bürgerlich-parlamentarischen und opportunistischen Vorstellungen gemäß, nicht versuchen, nach rechts Stimmen zu gewinnen und das nur nach außenhin, aber nie wirklich unterbrochene Zusammenspiel mit der FPÖ und ihren westdeutschen Hintermännern nun erst recht weiterzuführen? Werden die rechten SP-Führer jetzt nicht sogar verstärkte Versuche machen, bei der Jagd nach den sogenannten "freiheitlichen" Stimmen noch größere Zugeständnisse zu machen als bisher?

●

Für die österreichischen Marxisten ist das Wahlergebnis weder enttäuschend noch ein Anlaß zu besonderer Begeisterung. Als die "Rote Fahne" zur Abgabe leerer Stimmzettel aufforderte, tat sie es weder in Verkennung der Rolle Gorbachs als erklärten Kandidaten der kapitalistischen Reaktion, noch in Unkenntnis der zwischen den beiden Kandidaten existierenden Nuancen und Verschiedenheiten, schon garnicht mit dem Ziel, speziell dem SP-Kandidaten eine Niederlage zu bereiten. Worum es uns ging und weiter geht, war und ist vielmehr die demonstrative Absage an jene gefährlichen Illusionen, die in den beiden Kandidaturen prinzipielle Unterschiede oder sogar diametrale Gegensätze erkennen wollten, die in Wahrheit aber nicht existieren. Es ging und geht uns um den Protest gegen den betrügerischen Versuch, einen Kandidaten der rechtssozialistischen Koalitions- und Regierungspartei als eine Art von Vertreter der Arbeiterklasse, des proletarischen Klassenkampfes, des entschiedenen Antifaschismus und konsequenten Demokratismus hinzustellen. Wir sind der Überzeugung, daß es darauf ankommt, den Massen der Arbeiter zu zeigen, wie die wahren Klassenfronten verlaufen, wo die echten Alternativen liegen, und zu verhindern, daß man sie mit Illusionen foppt und narrt.

"Jede, auch die bescheidenste und mit noch so 'guten Gründen' gerechtfertigte Form der Verbreitung von Illusionen über Rolle und Charakter der SPÖ-Führung ist ein Verbrechen an der österreichischen Arbeiterklasse", hieß es in unserem Wahlaufruf. Der unermüdliche Kampf gegen solche Illusionen, ohne den die Arbeiterbewegung nicht wirklich kampffähig gemacht und erhalten werden, nicht wirklich vorwärtskommen kann, ist heute wichtiger denn je.

Nachträgliches zu den Jonas-Wahlen

Aus Anlaß der Bundespräsidentenwahlen und insbesondere in Hinblick auf die Jonas-Wahlempfehlung der KPÖ-Führung haben uns eine Reihe von Lesern der "Roten Fahne" Briefe und Materialien zugesandt, die interessanten Aufschluß über die auf den ersten Blick widerspruchsvoll scheinende Situation bei diesen Wahlen geben, bei denen die wirklich linken, zum SP-Vorstand in Opposition stehenden Sozialisten gegen den Kandidaten dieses Parteivorstands auftraten, die revisionistische KPÖ-Führung aber - ebenso wie die österreichischen Trotzkisten - sich für Jonas zerfransten und dabei sogar die SP-Führung selbst in der Begeisterung für den Kandidaten zu überbieten suchten. Wir danken unseren Genossen für ihre Unterstützung durch Zusendung solcher und ähnlicher Materialien, Zeitungsausschnitte usw. und veröffentlichen nachstehend drei der interessantesten aus dieser Reihe. In Wahrheit haben wir es natürlich nicht mit Widersprüchen oder gar Absurditäten der politischen Entwicklung zu tun, sondern einfach mit der Tatsache, daß es wirklichen Sozialisten immer weniger gelingen kann, in den Vertretern des rechten SPÖ-Vorstandes ihre Kandidaten zu sehen, während die Revisionisten in der KPÖ allmählich alles Maß verlieren und mit erstaunlichem Tempo auf Positionen abrutschen, die vielleicht sogar rechts von der SP liegen.

*

AUFRUF EINES KPÖ-ORGANS AN DIE SPÖ-MITGLIEDER,
TROTZ ALLER BEDENKEN JONAS ZU WÄHLEN

Das Bezirksblatt der KPÖ in Wien 15., (Rudolfsheim-Fünfhaus), das unter dem Titel "NACHRICHTEN" erscheint und als dessen Verantwortlicher das ZK-Mitglied Franz Karger zeichnet, appellierte in seiner Nummer 5/1965 in einem langen Artikel an die SPÖ-Mitglieder insbesondere in der Gemeinde Wien, die die Persönlichkeit des SPÖ-Präsidentschaftskandidaten aus eigener bitterer Erfahrung kennen, ihn trotzdem zu wählen. Es heißt hier:

"Sozialisten im Gemeindedienst sind, wie wir immer wieder hören, mit der Kandidatur des Wiener Bürgermeisters unzufrieden. Viele von ihnen sagen das unseren Genossen gegenüber ganz offen. Sie haben viele Vorbehalte gegen Franz Jonas, weil sie mit der Personalpolitik der Gemeinde nicht einverstanden sind. Das Betriebsklima in Gemeindebetrieben, das wissen wir, ist keineswegs rosig. Die Gehälter trotz großer Leistungssteigerung nicht befriedigend und die Behandlung keineswegs vorbildlich. Als die Straßenbahner streikten, hat sich Jonas geweigert, sie zu empfangen. All dies wirkt begreiflicherweise bei vielen Gemeindebediensteten nach, auch bei vielen sozialistischen Genossen. Wir sagen allen diesen sozialistischen Genossen:... Dennoch - bei der Bundespräsidentenwahl geht es darum, Gorbach zu schlagen, das liegt im Interesse aller Arbeiter, aller Antifaschisten und Demokraten. Dieser Gesichtspunkt muß entscheidend sein."

*

"VOLKSSTIMME" KRITISIERT SPÖ WEGEN MANGELNDER JONAS-BEGEISTERUNG

In der "Volksstimme" vom 12. Mai 1965 schreibt Otto Janecek, der sich wie die ganze Zeitung erklärtermaßen "Auf den Spuren von Jonas" bewegt und dabei aufschlußreiche Entdeckungen machte, daß die SPÖ die Wahlkampagne für Jonas viel zu schüchtern und unsicher führte, daß man seine Qualitäten viel besser hervorstreichen sollte, kurz, daß die SPÖ in bezug auf Jonas-Begeisterung ruhig von der KPÖ lernen könnte. Es heißt in dem groß aufgemachten Artikel wörtlich:

"Dieser Überheblichkeit der ÖVP-Manager entspricht leider ein gewisser Minderwertigkeitskomplex der SPÖ-Wahlstrategen. Wir sahen Jonas einen Abend lang durch Wien gefolgt... Und er wirkte auf uns besser, als manche Einleitungen seiner Parteifreunde erwarten ließen. Da klettert im Bayrischen Hof Frau Dr. Stella Klein-Löw aufs Podium, vorgestellt als 'Frau Professor Hofrat Nationalrat...' Die Frau SPÖ-Hofrat schildert die ehrwürdige Ahnengalerie der SPÖ-Bundespräsidenten: 'Renner, ein Humanist, ein Wissenschafter, ein Dichter - Körner, ein General - Schärf, ein Doktor und auch ein Humanist...' Lauter bessere Leute. Und Jonas? Bei Jonas stockt die Frau SPÖ-Hofrat ein bisserl, aber dann versichert sie tapfer: '...und Jonas wird das alles fortsetzen.' Was? Jonas sagt, was fortgesetzt werden soll. Er spricht überraschend frei,

sachlich, nüchtern... Er greift niemand an. Er streicht keine besonderen Verdienste der SPÖ heraus. Und er hält in drei verschiedenen Versammlungen drei verschiedene, jeweils auf sein Publikum abgestimmte Reden, ohne ein einzigesmal in irgendein Konzept zu blicken! Es kann kein Zweifel sein: Als Politiker hat Jonas die Matura."

★

OPPOSITIONELLE SOZIALISTEN TADELN KPÖ WEGEN JONAS-WAHLWERBUNG UND RUFEN ZUM ABGEBEN LEERER STIMMZETTEL AUF

Der "Bund Demokratischer Sozialisten", eine betont antikapitalistische organisierte Oppositionsgruppe innerhalb der SPÖ, die die Monatsschrift "DAS WIENER FREIE WORT" herausgibt, hat zu den Bundespräsidentenwahlen in einer Sonderausgabe Stellung genommen, in der es - offensichtlich in Anspielung auf die SP-Parole, man solle Jonas wählen, um den "inneren Frieden" zu sichern - heißt:

"Können wir Jonas wählen? NEIN! Auch ein Bundespräsident Jonas wird im Effekt nur den Frieden der 11.000 Millionäre sichern und ihr Dasein als Berechtigung qualifizieren. Die Masse der 'braven' Österreicher wird weiterhin die diskriminierende Rolle des 'Tragtieres' erfüllen müssen. Dazu noch freiwillig einzuwilligen, kann niemand von uns erwarten! Um das scharf zu unterstreichen, empfehlen wir bei der Bundespräsidentenwahl 1965 STIMMENTHALTUNG, kundgetan durch Einlegen leerer Stimmzettel! Wir wissen, daß dieser Zustand nicht voll befriedigen, nicht das Fehlen eines wirklich sozialistischen Kandidaten ersetzen kann. Gerade diese Tatsache unterstreicht die Notwendigkeit, die Sammlung aller wirklichen Sozialisten zu beschleunigen, damit schon bei der nächsten Wahl ein eigener Kandidat im Felde steht...

Die KPÖ hat ihren Anhängern empfohlen, für Jonas zu stimmen, um 'Gorbach zu schlagen'. Das klingt sehr gut. Doch was bedeutet es wirklich? Es dürfte klar sein, daß ein Erfolg von Jonas nicht als Erfolg der Arbeiterklasse gewertet würde, wie es die KPÖ glauben machen will, sondern als ein Erfolg der Politik der SPÖ und ihrer derzeitigen Führung. Welche Politik verfolgt diese Partei, diese Führung? Darüber geben uns Dokumente der KPÖ Auskunft. So heißt es in der Politischen Resolution des 18. Parteitages der KPÖ vom 3. April 1961:

"Diese Politik der SP-Führung (die Koalition, Anmkg.) erleichtert dem Monopolkapital die Überwindung des Widerstandes, dem es in den Massen des arbeitenden Volkes begegnet, sowie der Schwierigkeiten, die es in der Volkspartei hat. Wir kämpfen gegen die Koalition der SP-Führung mit dem Monopolkapital - wie es die gegenwärtige Koalitionsregierung im Wesen darstellt -, und deren Spitze deswegen gegen die Kommunisten gerichtet ist. Eine solche Koalitionsregierung führt unweigerlich zur Ermutigung der Kräfte der Reaktion, zur Stärkung des Kapitalismus." Soweit die Einschätzung der Politik der SPÖ durch die KPÖ, mit Betonung der Bedeutung der Koalition. Nun aber erklärt gerade Franz Jonas, er werde 'so wie Renner, wie Körner, wie Schärf' ein Garant der Zusammenarbeit der beiden großen Parteien sein. Das heißt, auch Jonas wird Schirmherr der Koalition sein, jener Koalition, deren Auswirkungen die KPÖ so drastisch formuliert. Angesichts dieser Lage die Arbeiter für Jonas zu mobilisieren, ist Wahnsinn."

Trotz aller Unklarheiten, die es im "Bund Demokratischer Sozialisten" sowie bei anderen Oppositionsgruppen in der SPÖ auch noch geben mag - sind sie in Wahrheit nicht weit revolutionärer und klassenbewußter als jene, die heute an der Spitze der KPÖ stehen?

★

DER DANK VOM HAUSE LÖWELSTRASSE: VERSCHÄRFTE BETONUNG DES ANTIKOMMUNISMUS!

Um der neuen Agitationswelle der ÖVP mit der "roten Katze" den Wind aus den Segeln zu nehmen und sich beim bürgerlichen Mittelstand nicht in Verruf bringen zu lassen, begann die SPÖ erwartungsgemäß unmittelbar nach den Präsidentschaftswahlen mit

einer Kampagne, die sich den Nachweis zu erbringen bemüht, daß die SPÖ in bezug auf Antikommunismus viel verläßlicher ist als die ÖVP und überhaupt der konsequenteste Gegner der Kommunisten in Österreich ist. War schon die Erklärung, die Pittermann am 26. Mai vor dem Klub der SP-Nationalräte abgab und in der er sich gegen jeden Kompromiß mit "antidemokratischen" Kräften aussprach, so gehalten, daß unter diesen "antidemokratischen" Kräften auch die Kommunisten verstanden werden konnten, so wurde der SPÖ-Vorsitzende am Sonntag, den 30. Mai, noch ein gutes Stück deutlicher. Sowohl in Radio und Fernsehen als auch in der "Arbeiter-Zeitung" (vom 1. Juni 1965) wurde den scharf antikommunistischen Ausfällen Pittermanns, der die Putschlüge vom Oktober 1950 wiederaufwärmte und seine eigene Version der Politik des "Bürgerschrecks" vertritt, breiter Raum gewidmet:

Pittermann widerlegt „Volksfront"-Lüge: Nur ÖVP verhandelte mit KP

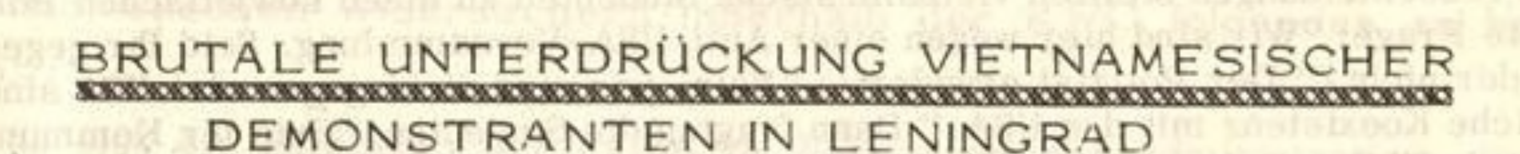
In einer Rede vor sozialistischen Vertrauenspersonen in Wels wies Sonntag Vizekanzler Dr. Pittermann die Behauptungen der ÖVP-Propaganda zurück, daß sich in Österreich anläßlich der Bundespräsidentenwahl eine „sozialistisch-kommunistische Volksfront" gebildet habe. Der einzige Versuch, den Kommunisten in der österreichischen Regierung entscheidenden Einfluß einzuräumen, sagte der Vizekanzler, wurde von der ÖVP unternommen, und zwar am Fronleichnamstag 1947. Von den ÖVP-Funktionären, die an jenen Verhandlungen mit der KP beteiligt waren, lebt heute nur noch ein einziger hoher politischer Funktionär: Dr. Gorbach, zuletzt Präsidentschaftskandidat der Österreichischen Volkspartei.

Die VP-KP-Verschwörung, sagte Dr. Pittermann weiter, ist vom damaligen, der ÖVP angehörenden Außenminister Dr. Gruber enthüllt worden. Verhandlungsziel war damals die Bildung einer österreichischen Regierung unter Heranziehung der Kommunisten und von Personen aus anderen Parteien, die von den Kommunisten genannt wurden. Die Verschwörung war zu einer Zeit unternommen worden, als in Rußland Stalin herrschte und österreichisches Gebiet von der Sowjetarmee besetzt war.

SOZIALISTEN VEREITELTEN KP-PUTSCHVERSUCH

Dr. Pittermann erinnerte auch daran, daß ein unter kommunistischer Initiative unternommener Generalstreikversuch im Jahre 1950 durch die Entschlossenheit der Sozialistischen Partei und der Sozialisten im Österreichischen Gewerkschaftsbund unter Johann Böhm, denen sich auch die christlichen Gewerkschafter und die ÖVP-Bauern in Niederösterreich angeschlossen hatten, zurückgewiesen wurde.

Abschließend sagte der Vizekanzler: Die Führung der ÖVP möge den Erfindern der neuen Volksfrontlegende in ihren Reihen die mahnenden Worte des verstorbenen Altbundeskanzlers Figl nahebringen, die dieser knapp vor seinem Tod in einer Rundfunkrede gesagt hat: „Die Kämpfer für Österreich dürfen nicht schweigen, sondern müssen reden, damit nicht die allein reden, die allen Grund hätten, zu schweigen."



BRUTALE UNTERDRÜCKUNG VIETNAMESISCHER DEMONSTRANTEN IN LENINGRAD

Sowjetische Behörden haben am 3. April vietnamesische Studenten in Leningrad wegen ihrer Forderung nach Abhaltung einer antiamerikanischen Versammlung in brutaler Weise insultiert.

Bei dem Vorfall, über den die gesamte Weltpresse berichtete, den die Revisionisten aber totzuschweigen versuchten, wurden insgesamt 82 vietnamesische Studenten verhaftet und sieben verwundet, davon drei schwer (darunter eine Studentin). Es war ein neuer Akt schmachvollen Pro-Amerikanismus der sowjetischen Behörden - knapp einen Monat nach der brutalen Unterdrückung der antiamerikanischen Demonstrationen asiatischer, afrikanischer und lateinamerikanischer Studenten in Moskau durch sowjetische Armee und Polizei am 4. März.

Es begann damit, daß sich vietnamesische Studenten in Leningrad angesichts der Verwendung von Giftgas durch die USA gegen ihr Land und der mutwilligen Bombardements der Demokratischen Republik Vietnam an das Leningrader Stadtkomitee des Kommunistischen Jugendverbandes mit dem Ersuchen wandten, die Abhaltung einer Protestversammlung gegen die amerikanische Aggression zu erlauben. Für den Nachmittag des 3. April wurde den vietnamesischen Studenten eine solche Erlaubnis auch gegeben. Der Ort der Versammlung sollte im Leningrader Textilinstitut sein.

Trotz dieser Bewilligung wurden den vietnamesischen Studenten bei der Vorbereitung ihrer Versammlung jedoch Hindernisse in den Weg gelegt. Und als sich die Vietnamesen, die an der Universität von Leningrad studieren, am Nachmittag des 3. April zunächst

vor dem Universitätsgebäude versammelten, um von dort gemeinsam zum Textilinstitut zu marschieren, betrachteten die Sowjetbehörden das als unerlaubte Kundgebung und beorderten etwa 300 Polizisten auf den Platz, die sofort begannen, die vietnamesischen Studenten auseinanderzutreiben und brutal niederzuschlagen, die eben auf dem Wege zur Abhaltung ihrer Protestversammlung gegen die imperialistische Aggression waren. Die sowjetische Polizei bemächtigte sich der mit antiamerikanischen Losungen beschrifteten Plakate und der Fahnen der vietnamesischen Studenten und riß sie in Fetzen. Die Polizisten gingen sogar so weit, die Nationalflaggen der Demokratischen Republik von Vietnam in den Kot zu werfen und mit Füßen darauf herumzusteigen. Sie nahmen den Studenten außerdem sechs Fotoapparate weg.

Mit Gewalt schleppten die sowjetischen Polizisten die vietnamesischen Studenten sodann in Polizeiautos, wobei diejenigen, die sich wehrten, hemmungslos geschlagen, mit den Füßen getreten, an den Haaren gezogen oder mit den Köpfen gegen die Wände der Autos gestoßen wurden. So brutal verfuhr die sowjetische Polizei mit den Studenten, daß sowjetische Bürger, die das mitansehen mußten, gegen die Polizei Stellung nahmen und ihre Sympathie mit den Mißhandelten bekundeten.
Als die Polizeiautos mit 82 verhafteten Studenten vor den Polizeistationen ankamen und sich die Studenten weigerten, auszusteigen, wurden sie neuerlich schwer mißhandelt, einige von ihnen von den Autos heruntergestoßen und zu Boden geworfen, wodurch mehrere Studenten Verletzungen erlitten.

Um die begangenen Ausschreitungen zur Unterdrückung der antiamerikanischen Demonstration der vietnamesischen Studenten zu bemänteln, zeigten sich die sowjetischen Behörden nach einigen Verhandlungen bereit, die Abhaltung der Versammlung im Textilinstitut doch zuzulassen. In Polizeiwagen und Taxis schickte man die festgenommenen Studenten schließlich zum Textilinstitut. Das dortige sowjetische Personal war aber bereits entsprechend instruiert und aufgehetzt worden, sodaß es die Studenten, die in ihrer Mitte die Verwundeten hatten, mit Rufen, sie seien "Raufhänse" und "Trunkenbolde" empfing.
Während die vietnamesischen Studenten unter Eskorte wie Gefangene zum Textilinstitut gebracht wurden, hatten die sowjetischen Behörden dort schon eine große Anzahl von Polizisten und Militärpersonen gesammelt. Über 300 Mann Militär stand der Polizei zur Seite, 37 Schneewerfer, 11 Militärautos und eine Anzahl von Funkwagen, Polizeiautos und schweren Lastwagen waren außerdem um das Gebäude postiert.

Laut Pressemeldungen stellten vietnamesische Studenten an einen sowjetischen Polizisten die Frage: "Wir sind hier wegen einer Anti-USA-Versammlung. Seid Ihr gegen die USA oder nicht?" Der Polizist erwiderte: "Nein, wir sind nicht gegen sie. Wir sind für friedliche Koexistenz mit den USA." Dann fragten die Studenten: "Seid Ihr Kommunisten oder nicht?" Der Polizist antwortete: "Wir sind das, was w i r unter Kommunisten verstehen."
Nach den Ereignissen erhoben die Vertreter der in der Sowjetunion studierenden Vietnamesen beim Leningrader Stadtsowjet energischen Protest gegen die brutalen Ausschreitungen, die sich die sowjetische Polizei hatte zuschulden kommen lassen. Ein verantwortliches Mitglied des Leningrader Stadtsowjets lehnte diese Beschwerde aber mit der verleumderischen Bemerkung ab, daß die Vietnamesen die "Ordnung" der Sowjetunion gestört hätten. Sogar wenn nur zwei oder drei Personen mit Plakaten in den Händen durch die Straßen gingen, müßte das als unerlaubte Demonstration angesehen werden, erklärte der Funktionär, und würde die Festnahme nach sich ziehen.

In der letzten Zeit haben die sowjetischen Stellen wiederholt erklärt, daß sie der Demokratischen Republik Vietnam, die an der vordersten Front der Kämpfe gegen den USA-Imperialismus steht, "praktische Unterstützung" zuteil werden lassen wollen. Man ist versucht, sie zu fragen: Wie vertragen sich diese schönen Worte mit der nun schon mehrfach wiederholten Unterdrückung ausländischer Studenten, die Versammlungen und Demonstrationen gegen die USA-Aggressoren durchführen wollen? Die in Leningrad studierenden Vietnamesen wollten nur eine bescheidene Kundgebung gegen die wilden Piratenaktionen der USA gegen ihr Land abhalten. Aber die sowjetischen Behörden benützten, offenbar aus Furcht, den amerikanischen Imperialismus zu beleidigen, zuerst verschiedene Vorwände, um die Forderung der vietnamesischen Studenten abzuweisen und griffen schließlich zu ihrer brutalen Unterdrückung. Sieht so die "praktische Unterstützung" aus, welche die Sowjetbehörden dem brüderlichen vietnamesischen Volk geben wollen?

Ein Leser schreibt uns:

VORBEMERKUNG DER REDAKTION:

Den nachstehend abgedruckten Brief eines erfahrenen kommunistischen Aktivisten haben wir schon vor fast einem h a l b e n J a h r erhalten. Wir haben ihn - so wie eine nun schon lange Reihe von Zuschriften, die sich mit demselben Thema beschäftigen - damals trotz eines diesbezüglichen Wunsches nicht abgedruckt, weil es uns unrichtig schien, das Problem des weiteren Verbleibens bewußter Marxisten-Leninisten in der KPÖ zur Diskussion zu stellen, solange zumindest noch eine g e w i s s e H o f f n u n g bestand, die Partei wieder zur Besinnung auf ihre revolutionären Traditionen bewegen und zu einer e r n s t h a f t e n A b g r e n z u n g von den revisionistischen und sozialdemokratischen Illusionen bringen zu können. Der 19. Parteitag und seine Beschlüsse, welche die revisionistische Umkrempelung der Partei geradezu als ihre derzeitige ideologische Hauptaufgabe proklamieren, hat diese Hoffnungen zerstört. Es besteht daher heute weder die N o t w e n d i g k e i t noch auch die M ö g l i c h k e i t, jene Rücksichten zu nehmen, die uns bisher gerechtfertigt schienen.

WAS TUN?

An das
Redaktionskollektiv der
'Roten Fahne'
W i e n 15
Goldschlagstrasse 30/33

30. Dezember 1964

Liebe Genossen!

Der Genosse Franz Strobl gab u. a. in seiner Erklärung in einer Versammlung vor dem Gebiet "Staufer" am 28. Oktober 1963 seinen revisionistischen Widersachern innerhalb der KPÖ folgendes zu bedenken:

"Wenn sich die Mitglieder der Partei zu Werkzeugen der Administration, die Versammlungen der Grundorganisationen zu Ausschlußmaschinen herabwürdigen lassen, so wird das die Zustimmung zu einer Politik bedeuten, in deren Verlauf Dutzende, ja Hunderte der wertvollsten Aktivisten und Funktionäre ausgeschlossen werden und an deren Ende u n v e r m e i d l i c h eben das steht, was doch alle ehrlichen Kommunisten verhindern wollen: der organisatorische Zerfall der Partei, ihre Aufspaltung in verschiedene, getrennt kämpfende und aufeinander schlagende Organisationen." ("Rote Fahne", 28. 11. 1963)

Diese grundlegende programmatische Ausführung des Genossen Strobl zieht sich wie ein roter Leitfaden durch alle Veröffentlichungen der 'Roten Fahne' bis zum heutigen Tag. Auf der einen Seite ein aktiver Kampf für die Grundsätze des Marxismus-Leninismus und deren Reinerhaltung, auf der anderen Seite ein ebenso großes, geradezu verzweifeltes Bemühen um den organisatorischen Zusammenhalt der KPÖ. Ich zitiere hier einen Auszug aus der von der 1. Aktivistenkonferenz der 'Roten Fahne' beschlossenen Erklärung:

"Die Revisionisten tun so, als sei jeder Aktivist und Funktionär, der sich ihrem antimarxistischen Kurs nicht bedingungslos beugt, ein 'Parteifeind' und 'Spalter'.
Doch fast alle stehen wir seit 20, viele seit 30, einige von uns sogar schon seit 40 Jahren in den Reihen der Partei. Wie sollten wir plötzlich 'Parteifeinde' sein und sie schädigen wollen?

Wie sollten wir sie spalten wollen, deren ganzes bisheriges Leben auf die Stärkung und Festigung der Partei und ihrer Einheit gerichtet war? Parteifeindlich und spalterisch ist in Wahrheit nur der Revisionismus. Gerade indem wir entschlossen gegen ihn kämpfen und unermüdlich um Wiederbesinnung der Partei auf ihre revolutionären Grundsätze drängen, stärken wir letzten Endes die Partei, erhöhen wir ihre zukünftige Kraft.

Was wir erstreben, ist nicht eine zweite Kommunistische Partei in unserem Land, sondern wir wollen die eine, schon bestehende Partei, die uns lieb und teuer ist und für die Tausende unserer Genossen und Freunde gestorben sind, wieder auf den richtigen Weg bringen.

Wir wollen nicht, daß aus ihr eine österreichische Tito-Partei oder eine zweite Sozialdemokratische Partei wird." ("Rote Fahne", An alle Mitglieder der KPÖ! An alle Kommunisten! 18.4.64.)

Hier sind beide Grundsätze vereint: Keine "österreichische Tito-Partei", zugleich aber Festhalten an der Einheit der KPÖ, "die uns lieb und teuer ist". Nur prinzipienlose Demagogen vom Schlage der Fürnberg, Marek usw. können ihre e i g e n e Spaltertätigkeit, ihr Fraktionswesen, ihre Parteifeindlichkeit der marxistisch-leninistischen Gruppe unterschieben, welche sich um die "Rote Fahne" geschart hat und ihren Anhang immer mehr vergrößert.

Jeder Marxist-Leninist ist aber verpflichtet, die objektiven Gegebenheiten auf allen Gebieten zu prüfen. So darf natürlich unter gar keinen Umständen übersehen werden, daß auch nach dem schimpflichen Verschwinden Chruschtschows die revisionistischen Führer der KPÖ fest im Sattel sitzen. Im Gegenteil, sie haben sich nicht gescheut, öffentlich einen Strom von Abschiedstränen hinter ihrem verlorengegangenen Idol nachzuschicken.

Selbstverständlich ist der Sturz Chruschtschows ein großer Sieg des Marxismus-Leninismus, aber mit dem Sturz Chruschtschows ist sein Revisionismus nicht beseitigt.

Die Tatsachen beweisen es. Die Bekenntnisse des neuen 1. Sekretärs des ZK der KPdSU Breschnew und des neuen Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR Kossygin zum 20. und 22. Parteitag zeigen, daß der moderne Revisionismus keineswegs mit Chruschtschow "beerdigt" worden ist, sondern alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der moderne Revisionismus einem neuen, womöglich noch größeren Höhepunkt entgegenstrebt! Die Fortsetzung der sowjetischen Politik gegenüber der Albanischen Volksrepublik beweist ein übriges. Auch stehen die Nachfolger Chruschtschows nach wie vor zu der unmarxistischen Theorie von der "Partei des ganzen Volkes" und des "Staates des ganzen Volkes".

Ich will mich hier nicht weiter mit dem revisionistischen Unsinn befassen, der in Moskau und anderswo seit 1956 vertreten wird - jedenfalls steht eindeutig fest: der Revisionismus ist nicht untergegangen, und Chruschtschows Ablösung ist bestenfalls ein Teilerfolg des Marxismus-Leninismus! Ganz ohne Zweifel ein großer Sieg, aber der Revisionismus ist ein Untier, das in immer neuer Gestalt auftritt und das noch lange nicht zertreten ist.

Demzufolge darf man sich auch nicht wundern, daß die H a u p t revisionisten, sollten sie auch für kurze Zeit den Boden unter den Füßen verloren haben, wieder fest im Sattel sitzen und nach wie vor in der KPÖ d e n T o n a n g e b e n - mit all den nachteiligen Folgen, die das für die österreichische Arbeiterbewegung hat.

Es wäre also an der Zeit, mit dem Titel von Lenins berühmtem Buch zu fragen:

"WAS TUN?"

Genügt es noch, mit den Mitteln einer Zeitung innerhalb der KPÖ den modernen Revisionismus zu bekämpfen und auf den Tag zu warten, an dem die revisionistischen Führer "Einsicht" zeigen und ihre fehlerhaften Ansichten ablegen wie ein schmutziges Hemd? Und wer kann dafür garantieren, daß - sollte es tatsächlich gelingen, in der nächsten Zeit einen "österreichischen Chruschtschow" zu verjagen - nicht österreichische Breschnews und Kossygins seine Nachfolger werden?

Nichts ist für die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung so wichtig und entscheidend wie die Einheit und Geschlossenheit ihrer Reihen. Aber hat nicht L e n i n , der große Führer des russischen und internationalen Proletariats, zu diesem Thema eindeutig gesagt:

"Die Einheit ist eine große Sache und eine große Losung! Doch die Arbeitersache braucht die Einheit unter den Marxisten, nicht aber die Einheit der Marxisten mit den Gegnern und Verfälschern des Marxismus." (Lenin "Verfälschung der Einheit..")

Ist es nicht in unserem Falle genau dasselbe? Könnte Lenin diese Worte nicht eben jetzt gesprochen haben? Ist es nicht unsere Pflicht, auf die "Einheit" mit den revisionistischen Führern zu v e r z i c h t e n und uns dafür auf die kämpferische Einheit der Marxisten zu konzentrieren? Muß man nicht sagen, daß die heutige KPÖ überwiegend menschewistisch ist, wir aber unbedingt eine bolschewistische Partei brauchen?

Es ist mir natürlich klar, daß ich mich hier auf ein spiegelglattes Parkett begebe. Doch wollen wir wieder Lenin sprechen lassen:

"Man kann gegenwärtig die Aufgaben des Sozialismus nicht erfüllen und den wahren internationalen Zusammenschluß der Arbeiter nicht verwirklichen, ohne mit dem Opportunismus entschieden zu brechen und die Massen über die Unvermeidlichkeit seines Fiaskos aufzuklären." (Lenin, "Krieg und russische Sozialdemokratie")

Wie kann man aber mit den Opportunisten in der KPÖ "entschieden ... brechen"? Dies kann nur durch die Formel

"Einheit - Kampf, sogar bis zur Spaltung - neue Einheit auf einer neuen Basis, das ist die Dialektik der Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung". (7. Kommentar der KP Chinas)

geschehen.

Es werden sich also auch diejenigen Genossen, welche schon 20, 30 oder 40 Jahre der KPÖ angehören, zur N e u g r ü n d u n g d e r m a r x i s t i s c h - l e n i n i s t i s c h e n P a r t e i bekennen müssen. Die Marxisten-Leninisten von Belgien, Australien, Indien usw., um nur diese zu nennen, haben das schon klar erkannt.

Oder sollen wir vor der Geschichte einst so dastehen, wie Stalin schrieb:

"Jeder Bolschewik, der wirklich Bolschewik ist, weiß, daß Lenin schon lange

vor dem Kriege, etwa seit 1903-1904, als sich in Rußland die Gruppe der Bolschewiki herausbildete und als sich die Linken in der deutschen Sozialdemokratie zum ersten Mal bemerkbar machten, eine Linie verfolgt hat, die auf den Bruch, die Spaltung mit den Opportunisten sowohl bei uns, in der Sozialdemokratischen Partei Rußlands, wie auch dort, in der II. Internationale, im besonderen in der deutschen Sozialdemokratie, gerichtet war. Jeder Bolschewik weiß, daß sich gerade deswegen die Bolschewiki schon damals (1903-1905) in den Reihen der Opportunisten der II. Internationale den ehrenvollen Ruf von "Spaltern" und "Desorganisatoren" erwarben. Was konnte aber Lenin, was konnten die Bolschewiki tun, wenn die linken Sozialdemokraten in der II. Internationale und vor allem in der deutschen Sozialdemokratie, eine schwache und ohnmächtige, organisatorisch nicht herausgebildete, ideologisch nicht ausgerüstete Gruppe darstellten, die sich fürchtete, das Wort 'Bruch', 'Spaltung' auch nur auszusprechen? ... (Stalin: Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus)

Können wir ein Interesse daran haben, als "eine schwache und ohnmächtige, organisatorisch nicht herausgebildete, ideologisch nicht ausgerüstete Gruppe" zu gelten? Stalin würde wohl heute seinen Brief an die "Proletarskaja Revoluzija" nochmals schreiben, wenn er unsere Situation vor Augen hätte! Aktueller denn je sind seine Worte:

"... folgt die Notwendigkeit einer neuen Partei, einer Kampfpartei, einer revolutionären Partei, die kühn genug ist, die Proletarier in den Kampf um die Macht zu führen, die genügend Erfahrung hat, um sich in den komplizierten Verhältnissen der revolutionären Situation zurechtzufinden, und genügend Elastizität besitzt, um Klippen jeder Art auf dem Wege zum Ziel zu umgehen.

Ohne eine solche Partei ist an einen Sturz des Imperialismus, an die Eroberung der Diktatur des Proletariats gar nicht zu denken." (Stalin, "Die Partei")

Habt Ihr, Genossen, den Eindruck, daß die heutige KPÖ diesen Anforderungen entspricht? **Bildet eine neue proletarische Partei**, bevor es zu spät ist! Oder wollt Ihr darauf warten, bis Ihr alle samt und sonders Eure endgültigen Ausschlußbescheide erhaltet, und wollt Ihr dann etwa eine "Notgemeinschaft ausgeschlossener Kommunisten" bilden ?

Habt Ihr auch schon das Problem der **jungen**, heranwachsenden proletarischen **Generation** bedacht? Ihr sagt, daß Euch die Partei lieb und teuer ist, weil Ihr schon 20, 30 oder sogar 40 Jahre KPÖ-Mitglieder seid. Was nützt es aber, wenn sich dafür die **jungen** proletarischen Elemente, von denen das Morgen abhängt, angesichts der revisionistischen Verrottung der KPÖ **weigern**, einer solchen pseudo-kommunistischen Organisation beizutreten ?

Die "Rote Fahne" muß sich **vor allem** das Vertrauen der Jugend erwerben oder sich deren Vertrauen erhalten. Es ist sinnlos, auf der Vergangenheit sitzen zu bleiben.

Mit kommunistischem Gruß!
Friedrich H.

EINE WERTVOLLE HILFE, DIE UNS JEDER GEBEN KANN

Die "Rote Fahne" ist für jede finanzielle Unterstützung dankbar und **braucht** diese Unterstützung gerade jetzt **sehr dringend**. Doch sie weiß auch, daß ihre Leser eine solche Hilfe nicht in gleichem Maß geben können und es manchem Genossen fast unmöglich ist. **Jeder Leser** aber kann uns helfen, wenn er uns **Namen und Adresse zumindest eines Interessenten** bekanntgibt, an den wir in den nächsten Wochen Probe-Exemplare versenden können. Nicht wenige solcher Interessenten, auf die uns unsere Leser aufmerksam gemacht haben, sind heute schon Abonnenten und Förderer der "Roten Fahne".

Ist das Sozialismus, Herr Pajkovic ?

Auf ihren neuen Wegen zu einem neuen "Sozialismus" orientieren sich die österreichischen Revisionisten insbesondere auch auf das Beispiel Tito-Jugoslawiens. Eine Delegation der Tito-Partei unter Leitung eines Herrn **Pajkowic** beehrte denn auch den 19. Parteitag der KPÖ mit ihrem Besuch und unterstützte das, was dort vorging, mit ihrer zweifelhaften Autorität. Unmittelbar vor der Ankunft dieser Delegation in Österreich erreichte uns ein Schreiben eines ehemaligen jugoslawischen Partisanen, der jetzt in den Reihen der illegalen, von der Tito-Clique grausam verfolgten "Revolutionären Kommunisten Jugoslawiens" steht und uns über den "Sozialismus", den Herr Pajkowic repräsentiert, folgendes Anschauungsmaterial zur Verfügung stellt:

In Jugoslawien herrscht chronische Arbeitslosigkeit. Sogar nach offiziellen Angaben bewegte sich 1964 die Zahl der Arbeitslosen zwischen 200 - 300.000! In Wirklichkeit aber sind es ungefähr 500.000. Außerdem gibt es Hunderttausende, die nur fallweise Arbeit haben. In den letzten eineinhalb Jahren exportiert die jugoslawische Regierung diese Arbeitslosen als billigste Arbeitskraft Europas in die westlichen kapitalistischen Länder, viele auch nach Westdeutschland; bis jetzt waren es über 140.000! Die jugoslawische Regierung macht das zum Teil auf Grund geheimer Verträge mit kapitalistischen Organisationen und Firmen. Gleichzeitig will sie mit diesem Menschenexport die Spannung in der jugoslawischen Arbeiterklasse verringern, welche immer schärfer ihre Unzufriedenheit kundtut (1964 traten die Arbeiter in einer Reihe gut organisierter Kämpfe auf; sie führten u. a. in der Textil- und Holzindustrie wie auch in Dutzenden anderen Unternehmungen Streiks durch).

Aber nicht nur die Lage der Arbeiterklasse ist schlecht, auch die werktätigen jugoslawischen Bauern haben viel zu leiden. Die Wirtschaften gehen zugrunde, die Bauern verlieren ihren Boden und werden zum Landproletariat, das für Großgrundbesitzer und Staatsunternehmungen arbeitet. Allein 1964 mußten die werktätigen Bauern an die 200.000 ha Boden (davon allein in Kroatien an die 40.000 Hektar) verkaufen. Diese ruinierten Bauern wandern oft auf der Suche nach Arbeit im Land umher, "siedeln" am Stadtrand, wo sie in armseligen "Hütten" wie Bettler leben. Belgrad und Zagreb sind auch durch solche Siedlungen "verschönert". Die Behörden zerstören sie, aber die Armen "bauen" sie wieder auf.

Oder: der sogenannte sozialistische jugoslawische Staat hat die Kontrolle der Marktpreise aufgegeben, und als Folge entstand eine wachsende Teuerung, die besonders bei Lebensmitteln und Konsumgütern immer verheerender wird. Dadurch sinkt natürlich der Lebensstandard der Werktätigen. Im Vergleich zu 1963 (sogar nach unvollständigen offiziellen Angaben!) sind die Lebenshaltungskosten für eine Familie um 25 - 50 % gestiegen. (Die Ausgaben für Lebensmittel sind um 21, für Beheizung um 23, der Brotpreis um 25, das Fleisch um 25 - 50 % gestiegen. Bei den Dienstleistungen sieht es so aus: die Schneider sind um 20 %, die Friseure ebenfalls um 20 %, die Schuster um mehr als 20 % und die Anstreicher um 32 % teurer geworden. Die kommunalen Dienstleistungen bleiben nicht zurück: sie wurden um 13 % verteuert, die Preise in den Restaurants um 24 %, usw.)

Wegen der wirtschaftlichen Unterordnung Jugoslawiens unter die Interessen des westlichen Kapitals gibt es im Außenhandel mit diesen keine Gleichberechtigung. Die jugoslawischen Waren werden billig verkauft, die Preise der in Jugoslawien verkauften Importwaren aus dem Westen liegen aber weit über dem Weltmarktniveau. Daher wird das Defizit der jugoslawischen Zahlungsbilanz immer größer: nur bis Oktober 1964 erreichte es (für 1964) 122 Milliarden Dinar! Der Wert des jugoslawischen Exports beträgt nur 65 % des ausländischen Imports. Das Hauptabdeckungsmittel des jugoslawischen Zahlungsbilanzdefizits sind ausländische Kredite und Anleihen und die amerikanische "Wirtschaftshilfe". Das macht

aber alles noch ärger und fördert die Verwandlung Jugoslawiens in ein halbkoloniales Land.

Seit 1948 wird in Jugoslawien die Zahl der allgemeinbildenden Schulen ununterbrochen gesenkt (allein in Serbien wurden im laufenden Schuljahr 107 solcher Schulen geschlossen!) Die Zahl der allgemeinbildenden Schulen dürfte sich bis heute auf ungefähr zwei Drittel gesenkt haben, also um 30 %. Verständlich, daß unter solchen Umständen das Analphabetentum stark zunimmt. Es gibt heute in Jugoslawien ungefähr 4 Millionen Analphabeten, also 25 % der Bevölkerung, in Bosnien und der Herzegowina liegt dieser Prozentsatz bei 30, in Kosowo-Metohija sogar bei 40 %!

BANANEN FÜR ARBEITSLOSE

Der Belgrader Korrespondent der "Neuen Zürcher Zeitung" berichtete am 20. 2. 1965 über einige "Besonderheiten" der in Tito-Jugoslawien entstandenen wirtschaftlichen Situation:

V. M. In den Geschäften der jugoslawischen Städte kann man gegenwärtig Bananen, frische Ananas und andere Tropenfrüchte in reichlicher Fülle kaufen. Darin spiegeln sich die ausgedehnten Beziehungen zwischen Jugoslawien und den unterentwickelten Ländern in Asien und Afrika. Zur gleichen Zeit aber haben in Jugoslawien zahlreiche Industriebetriebe die größten Schwierigkeiten, genügend *Roh- und Verarbeitungsmaterialien* zu erhalten. Sogar in Slowenien sehen sich große Unternehmungen vor der Gefahr, ihre Tore schließen zu müssen, und Tausenden von jugoslawischen Arbeitern droht die Entlassung.

Auch das Gesundheitswesen befindet sich in einer schwierigen Lage. Der Staat kümmert sich darum ebensowenig wie um die Schulen. Es werden fast keine prophylaktischen Maßnahmen durchgeführt, weswegen verschiedene Epidemien immer wieder katastrophale Ausmaße annehmen. Ende 1964 zum Beispiel flammte in der Gegend von Bosanska Krajina eine Gelbsuchtepidemie auf, die in kurzer Zeit 5.000 Menschen erfaßte und dutzenden Menschen das Leben kostete. Ähnliche Epidemien flammen fast jährlich in den verschiedensten Teilen Südjugoslawiens auf. Die Behörden sind gezwungen zuzugeben, daß die Ursache der großen Häufigkeit und des Umfangs dieser Epidemien im Fehlen entsprechender Vorbeugungsmaßnahmen und in der allgemeinen Armut der Bevölkerung gelegen ist.

Immer mehr westliches Kapital strömt nach Jugoslawien. Große Kapitalanlagen haben die italienische Firma "Fiat" und die französische "Citroen"-Gruppe vorgenommen. Ende 1964 wurde in Sisak, Kroatien, eine neue Abteilung einer Metallfabrik eröffnet, die von US-Kapital errichtet worden war. Die Amerikaner haben in dieses Unternehmen 8,5 Millionen investiert. Als Folge der übermächtigen Konkurrenz gehen viele jugoslawische Unternehmungen bankrott. Allein in Serbien schlossen 1960 - 1964 439 Betriebe aus diesem Grund ihre Pforten. Anfang Jänner 1965 wurde die Textilfabrik in Brcko geschlossen, in welcher 340 Arbeiter beschäftigt waren. Die Fabriksausrüstung wurde verkauft.

Völlig trostlos ist auch die Lage der ehemaligen Partisanen, die für die Befreiung Jugoslawiens gekämpft haben. Mehr als 20.000 von ihnen leben in undiskutablen Wohnverhältnissen, und ungeachtet der Tatsache, daß viele krank sind, haben sie in der Mehrzahl nicht einmal eine anständige Wohnung. Gleichzeitig gaben die Behörden den Faschisten, welche nach der Befreiung im Kerker saßen oder im Westen in Emigration lebten, Wohnungen.

Jetzt haben die jugoslawischen Behörden ein Gesetz ausgearbeitet, nach dem eine ganze Reihe von Gasthäusern, Weinstuben, Restaurants und Geschäften (Handelsläden) in Privatbesitz übergehen. Gleichzeitig wird allen, die Geld haben und handeln wollen, die Eröffnung von Betrieben erlaubt. Es ist gesetzlich erlaubt, bis zu 5 Arbeitskräfte aufzunehmen (die Familienangehörigen des Privatmannes nicht mitgezählt), aber diese Bestimmung wird oft umgangen. Die alten und die neuen Kapitalisten wetteifern darin, das auszunützen. Vor kurzem haben die jugoslawischen Behörden den Kapitalisten erlaubt, frei Transportmittel zu kaufen und mit der Beförderung von Waren und Personen Geschäfte zu machen.

WIR BITTEN UM ZUSENDUNG DER ADRESSEN VON INTERESSENTEN DER "ROTEN FAHNE"

VIETNAM



Kampfflieger der DR Vietnam vor dem Einsatz gegen US-Luftpiraten

KEINE LÜGE IST IHNEN ZU DUMM !

Die "Rote Fahne" hat bereits die böswillige Insinuation Fürnbergs, die Volksrepublik China verhindere sowjetische Waffentransporte nach Vietnam, gebührend angeprangert. Nichtsdestoweniger verbreitete die "Volksstimme" weiterhin die aus dunklen Quellen stammenden Lügenmeldungen, wonach sowjetische Waffen angeblich auf dem umständlichen und riskanten Seeweg nach Nordvietnam befördert werden müßten. In Wirklichkeit ist kein einziger sowjetischer Transport auf dem Seeweg erfolgt. Und wie es um die tatsächliche Haltung Chinas zur Waffenhilfe an Vietnam - darunter auch seitens der UdSSR - bestellt ist, zeigt folgende Feststellung des Generalsekretärs der KP Neuseelands V. G. Wilcox vom 7. April:

"Seit meiner Rückkehr aus China (Wilcox hatte soeben einen Besuch in China abgestattet - D. Red.) gab unsere kapitalistische Presse Berichte westlicher Journalisten in Moskau wieder, wonach Volkschina sowjetische Hilfesendungen für Nordvietnam blockiert hätte. Das ist eine böswillige Verleumdung, darauf berechnet, die Volksmassen zu verwirren und davon abzuhalten, daß sie der wachsenden Bewegung gegen die Aktionen der US-Imperialisten in Vietnam und Südostasien beistehen. Bei meinen Unterredungen mit den chinesischen Führern zeigte es sich mit völliger Klarheit, daß jede denkbare Erleichterung für den Transit von Hilfssendungen nach Nordvietnam ohne die geringste Verzögerung gewährt wird. Wenn es dabei Verzögerungen gibt, so nicht aus Verschulden der chinesischen Regierung oder des chinesischen Volkes.

Nachdem ich Gelegenheit hatte, auf Einladung des ZK der KP Chinas einen kurzen Besuch in Volkschina zu absolvieren, kann ich entschieden feststellen, daß, was dieses sozialistische Land anbelangt, dem US-Imperialismus nicht gestattet sein wird, sein altes Werk in Südostasien fortzusetzen. Jene, die an vorderster Front gegen den US-Imperialismus für nationale Befreiung und Unabhängigkeit kämpfen, werden die notwendige Unterstützung erhalten und erhalten sie schon jetzt.

(Fortsetzung auf Seite 21)

HERVORRAGENDE KAMPFERFOLGE DES SÜDVIETNAMESISCHEN VOLKES

(In der Zeit von 1961 bis Februar 1965)

	INSGESAMT	1961	1962	1963	1964	1.1. - 28.2.1965
Zahl der Kampfaktionen gegen den Feind	40.000					
Zahl der dabei getöteten, verwundeten oder gefangenen Feindtruppen	512.000	36.000	54.000	167.000	230.000	25.000
Zahl der außer Gefecht gesetzten amerikanischen "Militärberater"	4.366	30	443.	982	2.111	800
Zahl der erbeuteten schweren Waffen	53.800			ca. 9000	17.569	
Zahl der zerstörten oder schwer beschädigten US-Flugzeuge	2.079		199	696	1.027	157
Zahl der zerstörten oder schwer beschädigten Militärfahrzeuge	über 2.200			560	992	
Zahl der versenkten oder schwer beschädigten Marine-Einheiten	fast 900			141	292	
Zahl der erfolgreich gestürmten "strategischen Dörfer"	80 %		1.625		3.659	
Zahl der vernichteten Ausbildungszentren, Stützpunkte oder Militärposten des Feindes	fast 2.000			ca. 450	1.391	

Als ich in China weilte, hatte ich Gespräche mit Mao-Tse-tung und Liu Schao-tschi. Den nachhaltigsten Eindruck erhielt ich von ihrer Festigkeit angesichts der imperialistischen Drohungen und ihrer Erkenntnis der allgemeinen Schwäche des US-Imperialismus, der überall in der Welt verstreut seine Stützpunkte hat und sich allenthalben über seine Kräfte engagiert hat. Sie betonten die Notwendigkeit einheitlicher Aktionen der sozialistischen Welt, damit Vietnam eine wirksame Hilfe gegen die amerikanischen Luftüberfälle erhalte. Sie beharren unerschütterlich darauf, daß der US-Imperialismus aus Vietnam verschwinden muß. Sie machen kein Hehl daraus, daß sie Vietnam Hilfe leisten; sie hoffen, daß die Sowjetunion eine Hilfe in Form von solchen Waffen erweisen werde, die von den sozialistischen Ländern Asiens nicht leicht beigestellt werden können."

Inzwischen haben die sowjetischen Führer die Lügen über die angeblichen Hindernisse, die China ihren Waffenlieferungen in den Weg gestellt hätte, praktisch desavouiert.

VIETNAM - das sind auch wir !

(Aus einer Versammlungsrede)

Genossen! Der 1.Mai ist nicht nur ein Kampftag für die Forderungen, die wir i n n e r h a l b unseres Landes haben - er ist vor allem ein Tag des i n t e r n a t i o n a l e n Befreiungskampfes, der kämpferischen S o l i d a r i t ä t mit allen unseren Brüdern und Kampfgefährten in der Welt.

Alle Völker, alle fortschrittlichen, freiheits- und friedensliebenden Kräfte in der Welt stehen heute einunddemselben Feind gegenüber: dem Imperialismus, insbesondere dem U S - I m p e r i a l i s m u s , der das Hauptbollwerk der Weltreaktion, der grimmigste Feind der Menschheit, der grausamste Aggressor und Kriegstreiber ist. Nirgends in der Welt kann man heute ernstlich für Demokratie und Sozialismus, für die nationale Unabhängigkeit, für die Erhaltung oder Gewinnung des Friedens kämpfen, ohne v o r a l l e m gegen den amerikanischen Imperialismus zu kämpfen, ohne die ganze Stoßkraft der revolutionären Bewegung gegen ihn zu konzentrieren, alles dem Ziel seiner Zurückdrängung, seiner systematischen Schwächung und schließlichen Vernichtung zu unterordnen. Das war auch die wesentlichste Erkenntnis der beiden Moskauer Deklarationen von 1957 und 1960, welche die ganze kommunistische Weltbewegung unterzeichnet und einzuhalten sich feierlich verpflichtet hat. Haben sich alle Unterzeichner aber auch daran gehalten?

Wir alle sahen, wie der US-Imperialismus, gemeinsam mit den englischen und belgischen Kolonialisten, im K o n g o durch eine bewaffnete Intervention die Kreatur Tschombe, den meistgehaßten Mann ganz Afrikas, an die Macht brachte . In der UNO sprachen sie vom Frieden, aber im Kongo führten sie ihren blutigen Aggressionskrieg.

Mit wehem Herzen lesen wir täglich, wie amerikanische Bombenflugzeuge das sozialistische V i e t n a m bombardieren, mit kalter Berechnung systematisch zerstören, was dieses fleißige Volk in zwei Jahrzehnten

aufopfernder Arbeit an industriellen Anlagen, Bauwerken, Verkehrseinrichtungen usw. geschaffen hat.

Vor kurzem lasen wir, daß die USA in Südvietnam auch Giftgas anwenden. Knapp danach ging die Meldung durch die Zeitungen, daß sie dort auch ein neues Kriegsmittel ausprobieren: Flugzeuge übersprühen riesige Areale mit brennbarer Substanz, die alles verdorren läßt und setzen das Ganze dann mit Napalmbomben in Brand, sodaß eine verkohlte Wüste zurückbleibt, wo vorher Menschen lebten und arbeiteten. Das Experiment gelang nicht ganz: Wohl verbrannten zahllose Menschen, aber die US-Wunderwaffe erzeugte eine derartige Höllenhitze, daß gewaltige Gewitter entstanden und Wolkenbrüche die Ausdehnung des Brandes hinderten, dem nach den Plänen der US-Strategen ganze Landstriche zum Opfer fallen sollten. 'Die Natur erwies sich gnädiger als der Mensch!', schrieben dazu sogar bürgerliche Zeitungen.

Und während in Vietnam die ganze Welt die bluttriefende Fratze des amerikanischen Imperialismus sieht, schlägt er bereits an einem weiteren ihm kritisch scheinenden Punkt mit aller Rücksichtslosigkeit zu: Die Tatsache, daß das Volk der Dominikanischen Republik einen halbfaschistischen Präsidenten, der durch einen Militärputsch an die Macht gelangt war, durch den legalen Präsidenten - keinen Kommunisten, sondern einen Sozialdemokraten - ersetzen wollte, war dem US-Präsidenten Johnson Grund genug, sofort tausende "Ledernacken", zahllose Flugzeuge und Kriegsschiffe hinzuschicken und das Land mit einem blutigen Krieg zu überziehen.

Das ist jene Johnson-Regierung, die manche Leute als "vernünftig" und "friedliebend" feiern, jener Johnson, bei dessen Wahl zum Präsidenten sie von einem Sieg des Friedens und der internationalen Entspannung faselten. Sie schwätzen über die "neuen Möglichkeiten", die infolge der "internationalen Entspannung" und ihrer Politik der "friedlichen Koexistenz" entstanden seien, während der US-Imperialismus unter Johnson ein sozialistisches Land bombardiert, Giftgas einsetzt, eine Aggression nach der anderen startet!





Zwei von zahlreichen Wracks amerikanischer Bomber und Kampfflugzeuge, die von ihren Terrorflügen gegen das sozialistische Vietnam nicht mehr zurückkehren konnten.

In Goethes "Faust" gibt es die bekannte Stelle, wo sich die Spießbürger am Sonntag beim Spaziergang gemütlich darüber unterhalten, wie irgendwo drunten, weit in der Türkei, die Völker aufeinanderschlagen. Überschüttete damals schon Goethe diese Spießbürgermentalität mit bitterem Spott, so wäre es heute heller Wahnsinn, so zu tun, als hätte das, was in Vietnam oder in der Dominikanischen Republik geschieht, für uns hier nur theoretisches Interesse.

In vollem Umfang muß es uns bewußt sein: Jeder Krieg, jede Aggression, die der US-Imperialismus irgendwo in der Welt begeht, ist auch ein Krieg, eine Aggression gegen uns! Das ist nicht deswegen so, weil - wie die Revisionisten sagen - aus jedem kleinen Krieg ein großer werden könnte dadurch, daß sich die Sowjetunion einmischt, sondern deswegen, weil jede gelungene Aggression die US-Imperialisten zu neuen, noch hemmungsloseren Aggressionen einlädt und anspornt!

Deswegen kommt es aber in Vietnam auch nicht darauf an, den Krieg um jeden Preis rasch zu beenden, sondern ihn so zu beenden, daß den USA die Lust zu weiteren Aggressionen gründlich vertrieben wird!

Wird in Vietnam ein Frieden geschlossen, der die Aggression des US-Imperialismus in irgendeiner Form honoriert, so werden zwar in Vietnam vorübergehend die Waffen schweigen, aber dafür an anderen Stellen umso öfter zu sprechen beginnen!

Vor kurzem sprach ich mit einem Betriebsrat aus Traisen über Vietnam. Er sagte, daß in seinen Augen die US-Bomben auf das sozialistische Vietnam im Prinzip kein kleineres Verbrechen sind als US-Bomben auf die Sowjetunion es wären! Das ist völlig richtig und macht klar, worum es geht. Für einen proletarischen Internationalisten, für jeden wirklichen Kommunisten darf es da keinen prinzipiellen Unterschied geben - ob Vietnam oder die Sowjetunion, ob Moskau oder Ha-



Nach Abschuß seiner Maschine wandert US-Terrorflieger Leutnant Robert Shumaker in Gefangenschaft



Diesem Bombenwerfer, US-Leutnant Edward Dixon, ist nicht mehr zu helfen. Er kam, um zu töten und fand selbst den Tod.

noi, Peking oder Tirana muß für ihn dasselbe sein! Daher muß auch die Antwort dieselbe sein:

Das ganze sozialistische Lager ist verpflichtet, die Bombardierung Nordvietnams als Bombardierung des eigenen Territoriums zu betrachten! Es muß jeden Angriff auf irgendeinen Teil des sozialistischen Lagers als Angriffshandlung gegen sich selbst betrachten! Es muß alles tun, um jedem solchen Angreifer eine vernichtende Niederlage zu bereiten, damit er es sich zehnmal überlegt, sich neuerlich in solche riskante Abenteuer zu stürzen!

Darum geht es heute in Vietnam! Darin besteht heute die internationale Solidarität, der proletarische Internationalismus - und nicht im Geschrei nach "Verhandlungen" über ein Kompromiß, das die amerikanischen Aggressoren vor der eindeutigen Niederlage rettet und sie für die Verbrechen, die sie in Vietnam begingen und weiter begehen, noch belohnt.

Genossen! Morgen ist 1.Mai! Wir begehen ihn in inniger Verbundenheit mit dem tapferen, leidenden und kämpfenden vietnamesischen Volk, in unwandelbarer Solidarität mit allen Kräften, die heute in der Welt jenen gewaltigen Zweifrontenkampf gegen Imperialismus und Revisionismus führen - jenen Kampf, der schwierig und opferreich, oft auch bitter ist, in dem sich aber das Geschick der Weltrevolution entscheidet. Wir begehen den 1.Mai in der Hoffnung, ja in der Gewißheit, daß die wirklich internationalistischen, wahrhaft revolutionären Kräfte schließlich in der ganzen Welt siegen werden.

F. St.

DOKUMENTE DER REVOLUTIONÄREN WELTBEWEGUNG - DOKUMENTE

Erklärung
der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams

Seit mehr als zehn Jahren betreiben die amerikanischen Imperialisten eine ununterbrochene Intervention und Aggression in Südvietnam. In letzter Zeit haben sie neue Streitkräfte, darunter Raketeneinheiten, Marineinfanterie und strategische Bomber B-57, sowie zahlreiche Söldnereinheiten aus Südkorea, Taiwan, den Philippinen, Australien, Malaysia usw. nach Südvietnam verlegt.

In unbändiger Wut haben sie nun Flugzeuge der USA und ihrer Lakaien sogar zu Luftangriffen auf Nordvietnam und Laos eingesetzt. Mit der Tatsache seiner kompletten Niederlage in Südvietnam konfrontiert, hat der amerikanische Imperialismus die Maske abgeworfen und sein wahres Kolonisatorengesicht gezeigt. Gegenwärtig sind die amerikanischen Imperialisten nicht nur hartnäckig bemüht, ihren verbrecherischen Angriffskrieg in Südvietnam zu verstärken, sondern treffen auch Vorbereitungen, das Feuer dieses Krieges auf ganz Indochina und Südostasien zu übertragen.

Die ganze Welt weiß, daß die Marionettenbehörden von Südvietnam, die sich an die USA klammern, Tag für Tag neuen schmutzigen Verrat an ihrem Vaterland begehen. Diese gemeinen Verräter, die den amerikanischen Imperialisten die Stiefel lecken, haben den Feind in unser Haus gelassen: Sie haben Truppen der USA und ihrer Satelliten nach Südvietnam gerufen, die jetzt unsere Landsleute massakrieren, unseren Boden, unsere heilige Erde stampfen und unser Volk bis aufs Blut ausbeuten.

Das vietnamesische Volk, die indochinesischen Völker, die asiatischen Völker, ja alle Völker der Welt, die dem Frieden und der Gerechtigkeit ergeben sind, verurteilen, zutiefst empört, aufs energischste die verbrecherischen Kriegs- und Aggressionsakte der amerikanischen Imperialisten.

Angesichts dieser außerordentlich ernsten Lage hält die Nationale Befreiungsfront es für nötig, feierlich ihre unerschütterliche Entschlossenheit zu bekräftigen, der amerikanischen Aggression Widerstand zu leisten, um das Vaterland zu retten.

1. Die amerikanischen Imperialisten sind Saboteure der Genfer Abkommen, brutalste Kriegstreiber und Angreifer, Todfeinde des vietnamesischen Volkes.

Es ist allbekannt, daß der glorreiche Widerstand des vietnamesischen Volkes den Aggressionskrieg der französischen Kolonisatoren scheitern ließ, die durch die Einmischung der amerikanischen Imperialisten unterstützt wurden. Die amerikanischen Imperialisten stellten im Laufe des letzten Widerstandskrieges des vietnamesischen Volkes den französischen Kolonisatoren 2,6 Milliarden Dollar, hunderttausende Tonnen Waffen und Heeresgut sowie 200 Militärberater zur Verfügung, um den Unabhängigkeits- und Freiheitsdrang des vietnamesischen Volkes zu unterdrücken. Aber beseelt von einem unbezwingbaren Geist, der der Sklaverei den Tod vorzieht, vom Geist der Kühnheit und unbeugsamen Entschlossenheit, errang das heroische vietnamesische Volk mit voller Unterstützung der Völker der ganzen Welt einen großen Sieg und befreite die Hälfte seines geliebten Vaterlandes von den Fesseln des Feindes. Das führte 1954 zum Abschluß der internationalen Abkommen in Genf, welche die Unabhängigkeit, die Souveränität und die territoriale Integrität von Vietnam, Laos und Kambodscha feierlich anerkannten und in diesem Raum den Frieden wiederherstellten mit der Maßgabe der Wiedervereinigung Vietnams durch friedliche Mittel.

Das vietnamesische Volk ist sich des Wertes dieser Genfer Abkommen wohl bewußt. Es hat sie stets genau eingehalten und ist entschlossen, dafür zu kämpfen, daß sie als eine in jeder Hinsicht rechtsgültige internationale Vereinbarung ihrem Geist und Buchstaben nach strikt respektiert werden. Dagegen verstießen die Imperialisten und ihre Lakaien in Südvietnam mit jedem Tag immer offener gegen die Genfer Abkommen, wobei sie so weit gingen, sie zu zerreißen und seit elf Jahren einen grausamen Aggressionskrieg in Südvietnam zu führen, um das südvietnamesische Volk zu unterdrücken und wieder zu versklaven, Südvietnam in eine Kolonie und Militärbase der USA zu verwandeln und Vietnam für immer zu teilen.

Die Unterschriften auf den Genfer Abkommen waren noch nicht getrocknet, als die amerikanischen Imperialisten sich bereits beeilten, ihre Handlanger zur Bildung des Aggressionsblocks SEATO zu zwingen und Südvietnam willkürlich unter den Schutz dieses Blocks, d. h. praktisch unter den Befehl der Vereinigten Staaten, zu stellen. Seither mischen sich die USA immer stärker und brutaler in die Angelegenheiten Südvietnams ein. Von Ende 1954 bis 1959 unternahmen die amerikanischen Imperialisten und die Marionettenregierung Ngo Dinh Diems immer wieder grausamste Strafexpeditionen (z. B. die Unternehmen bei Truong Tan Buu und Thoai Ngoc Hau), wobei sie in ihrer blinden Wut verschiedene Schichten der patriotisch gesinnten friedlichen Bevölkerung massakrierten und die ehemaligen Teilnehmer der Widerstandsbewegung, die religiösen Sekten und alle anderen zu vernichten suchten, die ihre Politik nicht billigen.

Von den ersten Tagen des Friedens an floß Blut von Südvietnamesen in Duy Xuyen, Huong Dien, Cho Duoc, Vinh Trinh, an vielen anderen Orten und sogar auf den Straßen von Saigon. Um eine Grundlage für ihre großangelegten barbarischen Strafexpeditionen zu schaffen, erließen die amerikanischen Imperialisten und ihre Lakaien das faschistische Gesetz 10/59, das alle Parteien und Personen außer Gesetz stellte, die gegen sie sind und die sie „Kommunisten" nennen; zugleich setzten sie in ganz Südvietnam die Guillotine in Betrieb. Allein in jener Zeit haben die amerikanischen Henker und ihre Handlanger nach unvollständigen Zahlen in Südvietnam mehrere hunderttausend Patrioten nur deswegen hingerichtet oder eingekerkert, weil sie für den Frieden, für die Einhaltung der Genfer Abkommen und für eine Konsultativberatung über allgemeine Wahlen zwecks Wiedervereinigung Vietnams kämpften oder einfach weil sie ihnen die Spitze boten.

Diese verbrecherischen Handlungen der amerikanischen Imperialisten und ihrer Handlanger ließen natürlich in ganz Vietnam die Flamme des Hasses auflodern und riefen in der ganzen Welt einen Entrüstungssturm hervor.

Die öffentliche Meinung Vietnams, Asiens und alle aufrechten Menschen der Welt verurteilten diese Tyrannei der amerikanischen Imperialisten und ihrer Handlanger aufs schärfste und forderten, daß sie ihre Provokations- und Aggressionshandlungen gegen das südvietnamesische Volk unverzüglich einstellen und sich strikt an die Genfer Abkommen von 1954 halten.

Aber trotz der Proteste der dem Frieden und der Gerechtigkeit ergebenen Völker von fünf Kontinenten weiten die amerikanischen Imperialisten ihren Piratenkrieg in Südvietnam hartnäckig aus.

In den letzten elf Jahren hat die amerikanische Regierung für ihre kolonialistische Aggressionspolitik in Südvietnam unter dem Titel der „Hilfe" vier Milliarden Dollar ausgegeben, von denen über 80 Prozent für direkte militärische Zwecke verwandt wurden. Der Aggressionskrieg in Südvietnam hat für die herrschenden Kreise der USA ein besonderes Interesse gewonnen. Der verstorbene USA-Präsident Kennedy und der jetzige Präsident Johnson, der Nationale Sicherheitsrat der USA, das Pentagon, das State Department und der CIA hielten und halten die Entwicklung in Südvietnam ständig im Auge. Führende Vertreter des Weißen Hauses, des Pentagons und der im Pazifikraum befindlichen Piratengenerale der USA treffen sich jeden Monat in Honolulu, um ihre Interventionsvorhaben in Südvietnam abzusprechen.

Um den Aggressionskrieg fester in die Hand zu nehmen und ihn direkt zu leiten, setzten die USA-Imperialisten neben der Militärmission (MAAG) in Saigon ein Militärkommando unter General Harkins und darüber hinaus vor kurzem auch das sogenannte „gemischte amerikanisch-vietnamesische Kommando" ein, das in Wirklichkeit das in Südvietnam mit den höchsten Vollmachten ausgestattete und unmittelbar durch den Präsidenten der USA und das Pentagon geleitete militärische Organ zur Leitung des Aggressionskriegs ist. Die meisten hochgestellten Persönlichkeiten der USA wie Minister und Spitzengenerale haben Südvietnam zu Inspektionen und zur Abstimmung der Aggressionspläne besucht. Um diesen Raubkrieg an Ort und Stelle leiten zu können, hat die USA-Regierung mehrere bekannte Generale wie O'Daniel, James Collins, McGarr, Robert Williams oder Paul Harkins nach Saigon abkommandiert, zuletzt Maxwell Taylor, bis dahin Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs, mit einem Gefolge von Generalen und Obersten wie W. G. Westmoreland und John L. Throckmorton.

Die USA-Imperialisten benutzen alle Arten von modernen Waffen und alle Mittel der Kriegführung mit Ausnahme von Atombomben zur Terrorisierung und Vernichtung der südvietnamesischen Bevölkerung, um ihr einziges Ziel zu erreichen: das Volk von Südvietnam unter ihr Joch zu beugen und das ganze Land in ihre Kolonie und Militärbase zu verwandeln.

Im Laufe der elf Jahre haben die amerikanischen Imperialisten und ihre Handlanger bei mehr als 160 000 Strafexpeditionen fast 170 000 Menschen getötet, fast 800 000 verwundet oder verstümmelt, über 400 000 Personen in mehr als 1000 Gefängnisse geworfen. Zehntausende von Frauen, alte wie junge, auch Nonnen, vergewaltigt, mehr als 50 000 Personen den Bauch aufgeschlitzt oder sie lebendig begraben. Sie haben viele Dörfer dem Erdboden gleichgemacht, haben mehr als 5 Millionen Menschen in 8000 Konzentrationslagern zusammengepfercht, die sie heuchlerisch „Wohlstandszonen", „Umsiedlungszentren" oder „strategische Dörfer" nennen; sie haben in vielen Gebieten chemische Giftstoffe angewandt, dadurch auf mehreren hunderttausend Hektar Saaten und Obstgärten vernichtet und zehntausende Menschen vergiftet. Sie haben Tausende von Pagoden, Kirchen und Tempeln zerstört und zehntausende Angehörige verschiedener Sekten getötet. Unter der eisernen Ferse der amerikanischen Aggressoren und ihrer Lakaien ist der schöne und üppige Boden Südvietnams zu einer Stätte der Wildnis und Zerstörung geworden. Das barbarische faschistische Regime der amerikanischen Imperialisten und ihrer Handlanger in Südvietnam ist noch grausamer als der Hitlerfaschismus und das düstere Regime des Mittelalters.

Diese mit Blut geschriebenen Fakten kennzeichnen die Verbrechen der amerikanischen Imperialisten und ihrer Handlanger, der südvietnamesischen Verräter, kennzeichnen ihr militantes aggressives Wesen. Die

Vereinigten Staaten und ihre Lakaien haben die Bestimmungen des Abkommens über die Feuereinstellung und der Schlußdeklaration der Genfer Konferenz von 1954 verletzt; sie treten die internationalen Abkommen mit Füßen. Die Washingtoner Behörden und die südvietnamesischen Verräter haben die Genfer Abkommen gebrochen; sie haben darüber hinaus gröblich gegen den Geist und den Buchstaben des Völkerrechts und die Beschlüsse der Konferenz von Bandung verstoßen. Das sind unwiderlegbare Tatsachen.

Um seine Piratennatur zu tarnen, treibt der amerikanische Imperialismus eine verlogene Demagogie, kann aber die Völker der Welt dadurch nicht irreführen. Es muß daran erinnert werden, daß das unlängst in Washington veröffentlichte „Weißbuch" keiner Kritik standhält. Dieser plumpe Versuch eines Diebes, „Haltet den Dieb" zu schreien, wirft nur ein bezeichnendes Licht auf die Absicht der amerikanischen Imperialisten, ihren Aggressionskrieg zu verstärken und erweitern. In Wirklichkeit ist die Lage in Südvietnam heute so, daß die amerikanischen Imperialisten dort einen verbrecherischen Aggressionskrieg führen und die Genfer Abkommen schamlos sabotieren. Sie sind die gefährlichsten Kriegstreiber und Aggressoren und Todfeinde der Völker Vietnams, Indochinas und der ganzen Welt.

2. Das heroische südvietnamesische Volk ist entschlossen, die amerikanischen Imperialisten zu verjagen, um Südvietnam zu befreien und ein unabhängiges, demokratisches, friedliches und neutrales Südvietnam zu schaffen, das der nationalen Wiedervereinigung entgegengeht.

Das südvietnamesische Volk hat von jeher den Frieden geschätzt, ist aber fest entschlossen, nicht ruhig mit anzusehen, wie die amerikanischen Aggressoren und ihre Handlanger ihr Unwesen treiben und frech seinen heiligen Boden stampfen. Den Tod der Sklaverei vorziehend, hat sich das tapfere 14-Millionen-Volk Südvietnams wie ein Mann entschlossen erhoben, um die amerikanischen Aggressoren und die Verräter zu zerschmettern, Südvietnam zu befreien und ihm Unabhängigkeit, Demokratie, Frieden und Neutralität zu erkämpfen. Der patriotische Krieg der südvietnamesischen Bevölkerung steht in vollem Einklang mit den elementaren Grundsätzen des Völkerrechts über das Recht der Völker auf Selbstbestimmung und einen patriotischen Verteidigungskrieg gegen Aggression von außen. In seinem heiligen Freiheitskrieg bedient sich das südvietnamesische Volk aller Arten von Waffen zum Kampf gegen den Gegner. Aber der erste und wichtigste Waffenlieferant der Streitkräfte des südvietnamesischen Volkes sind die amerikanischen Imperialisten, die in den letzten Jahren immer wieder schwere Niederlagen erlitten haben.

Das südvietnamesische Volk, das seinen Kampf mit bloßen Händen begann, vermochte es, gewaltige Schwierigkeiten zu überwinden und glorreiche Siege zu erringen.

Die südvietnamesische Bevölkerung ist fest davon überzeugt, daß sie, durch die Völker der ganzen Welt gebührend unterstützt, bestimmt mit eigenen Kräften den vollen Sieg erringen wird. Die Lage der amerikanischen Imperialisten und ihrer Lakaien ist heute hoffnungslos. Sie werden hinweggefegt werden durch den Orkan der südvietnamesischen Volksrevolution, aber vor ihrem Untergang setzen sie sich noch verzweifelt zur Wehr. In der Hoffnung, sich aus dieser verzweifelten Lage retten zu können, stürzen sich die amerikanischen Imperialisten blindlings in die gefährlichsten Kriegsabenteuer.

Die Tatsache, daß die amerikanischen Imperialisten neue Waffen, neue Heeres-, Marine- und Luftwaffenverbände sowie Söldnertruppen aus Südkorea und anderen Satellitenländern der USA nach Südvietnam geschickt haben, daß sie Gebiete der Demokratischen Republik Vietnam und des Königreichs Laos durch ihre Flugzeuge bombardieren lassen, und anderes mehr zeugt keineswegs von ihrer Stärke; es handelt sich hier um Wahnsinnsakte eines rasenden Feindes, der aber niemand schrecken kann. Die Tatsache, daß die amerikanischen Imperialisten ihren Aggressionskrieg jetzt verstärken und ausweiten, zeugt an sich nur vom schmählichen Mißlingen ihrer Pläne und zeigt, daß ihre kolonialistische und aggressive Politik in Südvietnam während der letzten elf Jahre ebenso wie ihr sogenannter „besonderer Krieg" ein Fiasko erlitten hat.

Wenn die amerikanischen Imperialisten mit ihrem „besonderen Krieg" so festgefahren sind, so werden sie noch mehr in die Klemme geraten, wenn sie einen lokalen Krieg auslösen. Sollten sie sich erdreisten, den Krieg auf Nordvietnam, Indochina oder einen noch größeren Raum auszudehnen, so werden sie ohne Zweifel eine noch schmählichere und noch schnellere Niederlage erleiden.

Die Nationale Befreiungsfront Südvietnams erklärt aufs neue: Das Vorhaben der Amerikaner, weitere Verbände der drei Streitmachtteile der USA und ihrer Satelliten nach Südvietnam zu verlegen sowie Nordvietnam und das Königreich Laos in der Absicht zu bombardieren, sich eine „Position der Stärke" zu verschaffen, die die Nationale Befreiungsfront und die Bevölkerung Südvietnams zwingen würde, ihr Vaterland in irgendwelchen Verhandlungen mit den USA für ein Butterbrot preiszugeben – dieses Vorhaben ist ein phantastischer Traum politischer Narren und militärischer Abenteurer. Die südvietnamesische Bevölkerung erklärt den amerikanischen Imperialisten und ihren Agenten, daß es heute für sie nur einen Ausweg gibt: aus Südvietnam abzuziehen. Laßt ihr nicht davon ab, euch Hals über Kopf in den Krieg zu stürzen, so habt ihr euch auf die schwersten und schmählichsten Niederlagen gefaßt zu machen. Die Nationale Befreiungsfront Südvietnams erklärt feierlich im Namen des tapferen südvietnamesischen 14-Millionen-Volkes: Das südvietnamesische Volk und seine Streitkräfte sind fest entschlossen, die Waffen nicht eher aus der Hand zu legen, als bis sie ihre Hauptziele – Unabhängigkeit, Demokratie, Frieden und Neutralität – erreicht haben.

Die südvietnamesische Bevölkerung ist entschlossen, den amerikanischen Imperialisten und ihren Lakaien weitere vernichtende Schläge zu versetzen, und sie wird zweifellos den Endsieg erringen. Jegliche Verhandlungen mit den amerikanischen Imperialisten sind völlig zwecklos, solange sie nicht alle ihre Truppen, ihre ganze Kriegstechnik sowie die Truppen und die Kriegstechnik ihrer Satelliten aus Südvietnam zurückgezogen und alle ihre Militärstützpunkte in Südvietnam aufgelöst haben. Sie sind zwecklos, solange die Verräter nach wie vor den amerikanischen Imperialisten das heilige Recht des südvietnamesischen Volkes auf Unabhängigkeit und Demokratie zum Opfer bringen und solange die Nationale Befreiungsfront Südvietnams, der einzige wirkliche Vertreter des südvietnamesischen 14-Millionen-Volkes, nicht die entscheidende Stimme hat.

3. Die Bevölkerung und die heroische Befreiungsarmee des Südens sind entschlossen, ihre heilige Pflicht bis aufs letzte zu erfüllen und die amerikanischen Imperialisten zu verjagen, um Südvietnam zu befreien und Nordvietnam zu schützen.

Es gibt nur ein Vietnam und nur ein vietnamesisches Volk. Nord- und Südvietnam sind *eine* Familie. Die Gefühle, die sie einen, sind höher als die Berge und tiefer als das Meer. Das steht genauso fest wie die Tatsache, daß die Sonne im Osten aufgeht, und es gibt keine Macht, die das ändern konnte. In der jetzigen höchst kritischen Lage, in der wir auf Leben und Tod gegen die amerikanischen Imperialisten und ihre Lakaien kämpfen, muß das Herz schmerzen, wenn die Hand blutet. Die Entschlossenheit des Volkes in Nordvietnam, seinen Brüdern und Schwestern in Südvietnam gegenüber seine Pflicht zu erfüllen, steht darum im Einklang mit seinem Fühlen und Denken.

Die Nationale Befreiungsfront Südvietnams spricht den 17 Millionen Brüdern und Schwestern im Norden

im Namen des südvietnamesischen 14-Millionen-Volkes ihr volles Vertrauen aus und verspricht ihnen feierlich: Das südvietnamesische Volk und die heroische Befreiungsarmee Südvietnams sind entschlossen, ihre heilige Pflicht bis aufs letzte zu erfüllen, die amerikanischen Imperialisten zu vertreiben, Südvietnam zu befreien und den Norden zu verteidigen – all dies zur Wiedervereinigung der Heimat.

In der Hoffnung, einen Ausweg aus ihrer kritischen Lage zu finden und der unvermeidlichen Niederlage in Südvietnam zu entgehen, haben die amerikanischen Imperialisten und ihre Lakaien in letzter Zeit Flugzeuge und Kriegsschiffe Nordvietnam bombardieren und beschießen lassen, aber die amerikanischen Piraten und ihre Handlanger sind von der Armee und der Bevölkerung Nordvietnams nach Gebühr bestraft worden. Über 50 amerikanische Düsenflugzeuge sind abgeschossen worden. Die Armee und das Volk Südvietnams freuen sich über die glänzenden militärischen Leistungen der Armee und des Volks von Nordvietnam und begrüßen sie von ganzem Herzen.

Das Herz schmerzt, wenn die Hand blutet! Bereit, den ihnen teuren Norden zu verteidigen, lassen die Armee und das Volk des Südens die amerikanischen Aggressoren und ihre Agenten die ganze Stärke ihres Hasses spüren. Die Armee und das Volk des Südens werden jeden Schlag der amerikanischen Imperialisten gegen den Norden unseres Landes mit einem doppelten und dreifachen Schlag beantworten.

Im Februar, als die Aggressoren und Verräter den Norden angriffen, führte die Befreiungsarmee im Süden wuchtige Schläge gegen wichtige Militärbasen und die Hauptkräfte des Feindes. Sie setzte dabei 20 706 Mann außer Gefecht (wobei fast 600 amerikanische Aggressoren getötet, verwundet oder gefangengenommen wurden), erbeutete 4144 Waffen aller Art, beschädigte oder vernichtete 111 Flugzeuge aller Art usw. usf.

Die Nationale Befreiungsfront Südvietnams warnt die amerikanischen Imperialisten und die vietnamesisischen Verräter: Habt ihr es nicht vermocht, der 14 Millionen Südvietnamesen Herr zu werden, so wird es euch erst recht nicht gelingen, die 30 Millionen von ganz Vietnam zu besiegen. Die militärischen Abenteuer und die Ausweitung des Aggressionskrieges werden euch nicht aus dem Sumpf helfen, in dem ihr bereits bis zum Halse steckt; sie werden euren Untergang nur beschleunigen.

In der Hoffnung, einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden, in die sie in Südvietnam geraten sind, schicken die amerikanischen Imperialisten und ihre Lakaien ständig Flugzeuge aus, um die befreiten Gebiete von Laos anzugreifen; sie haben wiederholt die Grenzen Kambodschas verletzt, sind in dessen Hoheitsgebiet eingedrungen und haben gegen die Einwohner Kambodschas chemische Kampfstoffe angewandt, Bomben auf sie abgeworfen. Aber die Armeen und die Völker von Laos und Kambodscha erteilten den amerikanischen Aggressoren und ihren Söldnern die verdiente Abfuhr und versetzen ihnen immer neue Schläge.

Das südvietnamesische Volk begrüßt den unbeugsamen, heroischen Kampfgeist der Völker dieser beiden Nachbarländer von ganzem Herzen. Es ist entschlossen, den Völkern von Laos und Kambodscha im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, den amerikanischen Imperialismus und seine Lakaien, beizustehen. Das Volk und die Befreiungsarmee Südvietnams sind von Entschlossenheit erfüllt, die amerikanischen Aggressoren und ihre Handlanger in Südvietnam, die dieses Land als Aufmarschgebiet zur Aggression und zu ihrem Räuberunwesen gegen die Königreiche Laos und Kambodscha mißbrauchen, aufs Haupt zu schlagen.

Das südvietnamesische Volk begrüßt erneut die großen Erfolge der jüngsten antiamerikanischen Solidaritätskonferenz der indochinesischen Völker.

Die Nationale Befreiungsfront und die Bevölkerung Südvietnams richten folgende Warnung an die amerikanischen Imperialisten und ihre Lakaien: Wenn ihr euch auf das Abenteuer einlaßt, euren Piratenkrieg auf ganz Vietnam auszudehnen, wenn ihr die Absicht hegt, das Kriegsfeuer auf ganz Indochina übergreifen zu lassen, so wird euch die unüberwindliche Macht von 30 Millionen Vietnamesen und die Herkuleskraft der Hunderte Millionen von Indochinesen und Asiaten überwältigen und vernichten.

4. Das südvietnamesische Volk drückt den Völkern der ganzen Erde, denen der Frieden und die Gerechtigkeit teuer sind, seinen tiefempfundenen Dank für ihre aufrichtige Unterstützung aus und erklärt sich bereit, von seinen Freunden auf den fünf Kontinenten jede Hilfe, darunter auch solche an Waffen und Heeresgut, entgegenzunehmen.

Der gerechte patriotische Kampf des südvietnamesischen Volkes wird von allen Völkern der Erde gebilligt, unterstützt und gefördert, die dem Frieden und der Gerechtigkeit ergeben sind. Sie haben es nicht nur moralisch unterstützt, sondern ließen und lassen ihm auch weiterhin materielle Hilfe angedeihen. Es ist natürlich, daß das südvietnamesische Volk und die Nationale Befreiungsfront Südvietnams, die es vertritt, das volle Recht haben, solche wertvolle Hilfe dankbar anzunehmen.

Die Nationale Befreiungsfront verläßt sich nach wie vor auf ihre eigenen Kräfte und Möglichkeiten, ist aber auch bereit, jegliche moralische und materielle Hilfe, darunter auch solche an Waffen und anderem Heeresgut, von allen sozialistischen Ländern, von den nationalistischen Ländern sowie von den internationalen Organisationen und den friedliebenden Völkern der ganzen Welt entgegenzunehmen. Die Nationale Befreiungsfront behält sich ferner das Recht vor, Waffen und Heeresgut bei anderen Ländern zu kaufen, um ihr Verteidigungspotential zu stärken.

Die Ende 1964 abgehaltene Internationale Konferenz für Solidarität mit dem vietnamesischen Volk, gegen die amerikanische imperialistische Aggression, für die Verteidigung des Friedens, der Vertreter von über 50 Ländern und 16 internationalen Organisationen beiwohnten, hat unseren dringlichen und völlig berechtigten Forderungen voll und ganz zugestimmt. Sollten die amerikanischen Imperialisten fortfahren, eigene Verbände und Truppen ihrer Satelliten nach Südvietnam zu verlegen und den Krieg auf Nordvietnam und Laos auszudehnen, so wird die Nationale Befreiungsfront Südvietnams die Völker anderer Länder aufrufen, junge Menschen und Soldaten zu schicken, die ihr im Kampf gegen den gemeinsamen Feind helfen könnten.

Wenn die amerikanischen Imperialisten nicht aufhören, in Südvietnam Tod und Verderben zu verbreiten, wird die Nationale Befreiungsfront nicht davon Abstand nehmen können, nötigenfalls die Söhne und Töchter des Südens, die in Übereinstimmung mit den Genfer Abkommen nach dem Norden übersiedelten und zehn Jahre ihrer Heimat fernbleiben mußten, aufzufordern, die Waffe in die Hand zu nehmen, um den Feind zu vernichten und so ihr Vaterland und ihre Angehörigen zu retten. Ein vietnamesisches Sprichwort lautet: „Wer eine dickschalige Mandarine schälen will, braucht dazu spitze Fingernägel." Die unbesiegbaren Waffen des vietnamesischen Volkes und der friedliebenden Völker der ganzen Welt werden die amerikanischen Imperialisten und ihre Lakaien nicht schonen. Diese werden die Verantwortung für die schweren Folgen ihrer Aggressionshandlungen tragen müssen.

Das Zentralkomitee der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams dankt im Namen des südvietnamesischen 14-Millionen-Volkes den sozialistischen Ländern, den nationalistischen Ländern, den internationalen Organisationen und den Völkern der ganzen Erde, denen der Frieden und die Gerechtigkeit teuer sind, nochmals herzlichst dafür, daß sie den gerechten, patriotischen Krieg des südvietnamesischen Volkes rückhaltlos unterstützen. Wir halten es heute mehr denn je für unsere glorreiche internationale Pflicht, keine Opfer zu scheuen

und alle unsere Kräfte hinzugeben, um einen würdigen Beitrag zum großen Kampf aller Völker für Unabhängigkeit, Demokratie, Frieden und sozialen Fortschritt in Indochina, in Südostasien und in der ganzen Welt, für die Zerschmetterung des Weltgendarmen, des aggressiven amerikanischen Imperialismus, zu leisten.

5. Fest geeint, schreitet das gesamte bewaffnete Volk heroisch vorwärts, entschlossen, zu kämpfen und die amerikanischen Aggressoren samt den vietnamesischen Verrätern zu zerschmettern.

In seinem bewaffneten Kampf gegen die amerikanischen Aggressoren und ihre Lakaien hat das südvietnamesische Volk große Siege errungen.

Die amerikanischen Imperialisten und ihre Lakaien sind nur äußerlich furchterweckend, in Wirklichkeit sind sie sehr schwach, verwirrt und mehr denn je isoliert. Eingedenk seines Schwurs, eher zu sterben als sich unterjochen zu lassen, wird das vietnamesische Volk den grausamen, unmenschlichen Feind zweifellos aufs Haupt schlagen.

Nicht nur Recht und Gerechtigkeit sind auf seiten der Nationalen Befreiungsfront und der südvietnamesischen Bevölkerung. Auf ihrer Seite ist auch die materielle Gewalt und Stärke einer sich rasch entwickelnden Organisation. Sie werden auch in Zukunft ruhmreiche Siege erringen. Je länger sie kämpfen, desto erbitterter schlagen sie sich und desto größer sind ihre Erfolge; mit diesen wachsen wiederum ihre Kräfte, was sie noch größere Siege erringen läßt.

Wir sind würdige Wahrer des Ruhms von Dien Bien Phu. Wir halten das Banner der heroischen Traditionen des vietnamesischen Volkes hoch, das auf eine viertausendjährige Geschichte des Kampfes gegen Eroberer zurückblickt. Die Nationale Befreiungsfront und die Bevölkerung Südvietnams führen ihren heroischen Kampf unter den höchst günstigen Bedingungen der jetzigen Epoche, in der sich die unterdrückten Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zum Kampf erhoben haben. Die sozialistischen Länder sind im Verein mit den Kräften der Demokratie und des Friedens der ganzen Welt ein wichtiger Faktor des Vormarsches der Menschheit, des Kampfes für die Abschaffung des Imperialismus und Kolonialismus in allen ihren Formen. Sollten die amerikanischen Imperialisten und ihre Lakaien in ihrem Wahnwitz ganz Indochina mit Krieg überziehen, so werden die Völker dieses Raumes und ganz Südostasiens sich wie ein Mann erheben und sie ins Meer stürzen.

Die südvietnamesische Bevölkerung und ihr einziger wirklicher Vertreter, die Nationale Befreiungsfront Südvietnams, werden zweifellos den Endsieg erringen.

Das Zentralkomitee der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams richtet an das heroische südvietnamesische 14-Millionen-Volk und die bewaffneten Volkskräfte, die entschlossen sind, an allen Kampffronten mutiger denn je zu kämpfen und zu siegen, die Aufforderung, die Waffe noch fester zu halten und ihren unerschütterlichen Kampfgeist energisch zu entwickeln, um um jeden Preis zu erreichen:

daß sich das ganze Volk in eherner Einheit zusammenschließt;

daß das ganze Volk sich bewaffnet und sich wie ein Mann erhebt, um die amerikanischen Banditen und die vietnamesischen Verräter zu verjagen;

daß die Befreiungsarmee und die Volksstreitkräfte tapfer vorwärtsschreiten, ununterbrochen und entschieden kämpfen, genau zuschlagen, ohne den amerikanischen Aggressoren und ihren Lakaien auch nur die geringste Atempause zu gewähren, und möglichst viele feindliche Kräfte vernichten;

daß die Bevölkerung der ländlichen Gebiete den Kampf für die Vernichtung der noch verbliebenen „strategischen Dörfer" fortsetzt, jeder Kontrolle des Feindes ein Ende macht, die befreiten Gebiete erweitert, die befreiten Dörfer und Bezirke zu höheren Einheiten zusammenfaßt, die befreiten Bezirke in feste Stützpunkte verwandelt, den Feind schlägt, wo er auch auftaucht, und entschlossen kämpft, um die heimischen Ortschaften und Felder zu halten und zu verteidigen;

daß die Einwohner von Saigon, Hue, Da Nang und den anderen Städten Südvietnams ihre revolutionären Organisationen energisch ausbauen, weiter demonstrieren, ihren Kampf auf allen Gebieten energisch und entschlossen aktivieren, verlangen, daß die amerikanischen Imperialisten und ihre Lakaien den Aggressionskrieg in Südvietnam einstellen, und die vietnamesischen Verräter entlarven, die den Aggressoren helfen und ihr Vaterland und ihr Volk an sie verraten.

Mitbürger, Funktionäre und Soldaten, treten wir kühn unter das Freiheitsbanner, seien wir fest entschlossen, die amerikanischen Aggressoren und ihre Handlanger zu verjagen, um unser Vaterland und unsere Familien zu retten!

Möge der Kampf auch zehn oder zwanzig Jahre, ja noch länger dauern, möge er uns noch so große Opfer und Entbehrungen auferlegen – wir werden nicht nachlassen in unserer Entschlossenheit, uns zu schlagen, bis der Schatten des letzten amerikanischen Soldaten von unserem Boden verschwunden ist.

Das vietnamesische Volk blickt auf die jahrtausendelange heroische Geschichte einer heroischen Nation zurück. In den mehr als zehn Jahren des Kampfes gegen die amerikanischen Aggressoren und ihre Lakaien haben die Bevölkerung und die Befreiungsstreitkräfte Südvietnams mit goldenen Lettern ein neues Ruhmesblatt der glorreichen Geschichte ihrer Nation geschrieben.

Wir siegten und werden siegen, die amerikanischen Imperialisten und ihre Agenten erlitten Niederlagen und werden neue Niederlagen erleiden. Das zeigt, daß wir unbesiegbar sind, die amerikanischen Aggressoren und ihre Agenten aber immer schwächer werden. Haben wir den amerikanischen Aggressoren in diesen zehn Jahren wuchtige Schläge versetzt, so sind die Bedingungen für ihre Zerschmetterung jetzt noch günstiger. Haben die amerikanischen Aggressoren und ihre Lakaien in den letzten zehn Jahren Niederlagen erlitten, so ist es ganz natürlich, daß sie jetzt immer schwächer werden und daß sie noch schwerere Niederlagen erleiden werden, besonders wenn sie sich erdreisten, den Krieg auf den Norden Vietnams zu erweitern – dann werden sie mit Bestimmtheit ein noch schmählicheres Fiasko erleben.

Wir sind fest überzeugt, daß wir siegen werden. Wir sind von Entschlossenheit erfüllt, zu kämpfen, die amerikanischen Banditen und ihre Handlanger kraftvoll und treffsicher zu schlagen, um den Süden zu befreien, den Norden zu schützen und unser Vaterland wiederzuvereinigen.

Das Zentralkomitee der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams

Am 22. März 1965

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Franz S t r o b l , Wien 15., Goldschlagstr. 30/33

P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt Wien 101